

GERHARD DANNECKER

Das intertemporale Strafrecht



Mohr Siebeck

Das intertemporale Strafrecht

von

Gerhard Dannecker



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Dannecker, Gerhard:

Das intertemporale Strafrecht / von Gerhard Dannecker. –

Tübingen : Mohr, 1993

ISBN 3-16-146019-7 / eISBN 978-3-16-163017-0 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

© 1993 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde belichtet aus der Bembo-Antiqua von Computersatz Staiger in Pfäfers, gedruckt von Gulde-Druck in Tübingen auf säurefreies Werkdruckpapier von der Papierfabrik Niefen und gebunden von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen.

Vorwort

Die Abhandlung ist im Wintersemester 1991/92 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i.Br. als Habilitationsschrift angenommen worden. Für den Druck wurde sie nur unwesentlich verändert, um die Gedankenführung und das Gesamtbild beizubehalten. Rechtsprechung und Literatur konnten bis März 1992 eingearbeitet werden.

Die Bewältigung des weitgesteckten Themas, das eine lange Tradition hat und neben strafrechtlichen Ansätzen starke verfassungsrechtliche sowie rechtstheoretische Bezüge aufweist, erlaubte es nicht, die aktuellen Probleme des Verhältnisses des geltenden Strafrechts zum früheren DDR-Recht noch weiter zu vertiefen. Ziel der Untersuchung war es vielmehr, die intertemporalen Regeln auf einheitliche Kriterien zurückzuführen und das Milderungsgebot zu einem dem Rückwirkungsverbot gleichrangigen Strafrechtsprinzips zu erheben. Dabei hat sich gezeigt, daß die auftretenden Fragen überzeugend gelöst werden können, wenn maßgeblich das dort entwickelte Kriterium der Änderung des Bewertungsmaßstabes zugrundegelegt wird, welches die Systemeinheit der in § 2 StGB enthaltenen Regeln herstellt.

Zu danken habe ich meinem wissenschaftlichen Assistenten Dr. Kristian F. Stoffers für dessen Hilfe während der Drucklegung. Meinen Weggefährten Professor Dr. Urs Kindhäuser, Professor Dr. Ulrich Sieber und Dr. Joachim Vogel, die mir mit Rat und Tat zur Seite standen, gebührt besonderer Dank. In außerordentlicher Weise hat mein hochverehrter Lehrer Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Tiedemann die Entstehung dieses Werkes gefördert und dessen Abschluß durch fruchtbare Diskussionen unterstützt.

Bayreuth, im Juli 1992

Gerhard Dannecker

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einführung	1

Erster Teil

Entwicklung des Rückwirkungsverbots und des Milderungsgebots bis zum Inkrafttreten des Grundgesetzes und zur völkerrechtlichen Anerkennung als Menschenrechte	27
---	----

<i>Erstes Kapitel: Vorgeschichte des Grundsatzes „nullum crimen, nulla poena sine lege“ und des lex-mitior-Prinzips bis zur Aufklärung</i>	32
--	----

I. Anerkennung des Rückwirkungsverbots in der Spätzeit der Römischen Republik und in der römischen Kaiserzeit . . .	32
---	----

1. Entstehung des Rückwirkungsverbots für strafbegründende Gesetze 32 – 2. Zulässigkeit rückwirkender Strafschärfungen 35 – 3. Rückwirkungsgebot des milderen Rechts 35 – 4. Zusammenfassung 36

II. Italienisches Mittelalter und frühe Neuzeit	37
---	----

1. Stellungnahmen in der legistischen Literatur der Kommentatoren 38
 - a. Rückwirkungsverbot bei strafbegründenden Gesetzen 39 –
 - b. Verbot rückwirkender Strafschärfungen und Gebot rückwirkender Strafmilderungen 41
2. Stellungnahmen in den romanischen Ländern (16. und 17. Jahrhundert) 43

III. Carolina und Reichspolizeiordnungen	45
--	----

1. Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karl V. 46 – 2. Polizeistrafrechtliche Regelungen 48
 - a. Reichspolizeiordnungen 48 – b. Territorialstaatliche Regelungen 50

IV. Das gemeine Strafrecht in Deutschland	51
1. Wiederauflösung der in der CCC enthaltenen Gesetzesbindung 51 –	
2. Stellungnahmen in der gemeinrechtlichen Strafrechtswissenschaft	
des 17. und 18. Jahrhunderts 54 – 3. Kodifikationen des landesfürstlichen	
Absolutismus 56	
a. Revidiertes Landrecht für das Königreich Preußen 56 – b. Codex	
Juris Bavarici Criminalis und Constitutio Criminalis Theresiana 57	
V. Einfluß des Verhältnisses von Gesetz und Recht auf das	
Rückwirkungsverbot und den Grundsatz der <i>lex mitior</i>	58
1. Aufzeichnung von Gewohnheitsrecht 59 – 2. Gesetzesbefehle 60 –	
3. Gesetze als Explikation von Recht 60 – 4. Fehlende Bindung des	
Herrschers an das Gesetz 61	
 <i>Zweites Kapitel: Entwicklung des Rückwirkungsverbots und des</i>	
<i>lex-mitior-Grundsatzes im Einflußbereich der Aufklärung</i>	<i>63</i>
I. Neuzeitliches Naturrecht als Schranke der Staatsgewalt	64
1. Stellungnahmen der klassischen Vertreter des Naturrechts zum	
Rückwirkungsverbot und zum Milderungsgebot 64	
a. Grotius 64 – b. Hobbes 66 – c. Pufendorf 69 – d. Thomasius 71 –	
e. Chr. Wolff 73	
2. Hinwendung des neuzeitlichen Naturrechts zum positiven Gesetz	
und inhaltliche Anforderungen an den Gesetzesbegriff 74	
II. Die Verbindung der Idee des Freiheits- mit der des Gesetzes-	
staates bei Locke, Montesquieu und Beccaria als Grundlage	
des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots	76
1. Locke 77 – 2. Montesquieu 80	
a. Freiheitskonstituierende Wirkung staatlicher Gesetze 80 –	
b. Herleitbarkeit des Rückwirkungsverbots aus Montesquieues	
Staatstheorie 81	
3. Beccaria 84	
a. Staatsrechtliche Fundierung des Grundsatzes „ <i>nulla poena</i>	
<i>sine lege</i> “ 85 – b. Strafrechtliche Fundierung des Grundsatzes	
„ <i>nulla poena sine lege</i> “ 86 – c. Bedeutung der staatsrechtlichen	
Fundierung für das Rückwirkungsverbot 86	
4. Zusammenfassung 87	
III. Proportionalität zwischen Verbrechen und Strafe als Grundlage	
der Milderung des Strafensystems	88
1. Bestimmung der gerechten Strafe 89 – 2. Begründung des	
Milderungsgebots bei Beccaria und Montesquieu 89	

IV. Konstitutionalisierung des Rückwirkungsverbots und gesetzliche Normierung des Grundsatzes der <i>lex mitior</i> in Nordamerika und in Frankreich	91
1. Nordamerikanische Verfassungen 91 – 2. Französische Revolutionsverfassungen und Code Pénal von 1810 93	
a. Rückwirkungsverbot 93 – b. Milderungsgebot 96	
V. Kodifikationen des aufgeklärten Absolutismus in Österreich und Preußen	97
1. Allgemeines Gesetzbuch über Verbrechen und derselben Bestrafung (Josephina 1787) 97 – 2. Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794 99	
a. Rückwirkungsverbot 99 – b. Milderungsgebot 102	
VI. Stellungnahmen in der deutschen Strafrechtswissenschaft des ausgehenden 18. Jahrhunderts zum Rückwirkungsverbot und zum Milderungsgebot	104
1. Fehlende Anerkennung eines umfassenden strafrechtlichen Rückwirkungsverbot 104 – 2. Stellungnahmen zum Milderungsgebot (von Globig/Huster; Pflaum'scher Entwurf) 105	
VII. Zusammenfassung	107
 <i>Drittes Kapitel: Entwicklung des Rückwirkungsverbots im 19. Jahrhundert unter dem Einfluß Feuerbachs und Kodifizierung des lex-mitior-Grundsatzes</i>	
111	
I. Begründung des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots durch Feuerbach	112
1. Strafrechtliche Fundierung des Rückwirkungsverbot 112	
a. Theorie vom psychologischen Zwang 112 – b. Rechtspflicht des Täters zur Duldung der Strafe 113	
2. Staatsrechtliche Wurzel des Grundsatzes „ <i>nulla poena sine lege</i> “ 115 –	
3. Materielle Anforderungen an den Gesetzesbegriff und Bestimmtheit der Strafbarkeit 117 –	
4. Ausgliederung des Polizeistrafrechts aus dem Kriminalstrafrecht 117	
II. Bayerisches Strafgesetzbuch von 1813	119
1. Kodifizierung des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots und Milderungsgebots 119 – 2. Sonderregelung für die Verjährung 120 –	
3. Sonderstellung der Polizeiübertretungen 120	
III. Durchsetzung des Rückwirkungsverbots und der <i>lex mitior</i> in den deutschen Partikularstaaten	121

1. Das strafrechtliche Rückwirkungsverbot als Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips 122 – 2. Allgemeine Anerkennung des Milderungsgebots 125 – 3. Anordnung der grundsätzlichen Anwendung des Tatzeitrechts bzw. des neuen Rechts 125 – 4. Theoretische Fundierung der *lex mitior* in der strafrechtlichen Literatur 127
 - a. Vertreter einer absoluten Straftheorie 127 – b. Vertreter einer relativen Straftheorie 127
 5. Gesetzliche Sonderregelungen für Milderungen 130
 - a. Strafmilderungen bei rechtskräftigen Urteilen 130 – b. Sonderregelungen für Verjährungsvorschriften 131 – c. Sonderregelungen für Strafantragsvorschriften 134 – d. Regelung der zeitlichen Geltung im Strafprozeßrecht 135
 6. Zusammenfassung 136
- IV. Gesetzliche Kodifikationen des Polizeistrafrechts in den Partikularstaaten und polizeiliches Ordnungsrecht 137
1. Polizeistrafrecht als Eingriff in „Freiheit und Eigentum“ 137
 - a. Frühkonstitutioneller Gesetzesbegriff 139 – b. Spätkonstitutioneller Gesetzesbegriff 140 – c. Anerkennung eines Ordnungsrechts 140
 2. Geltung des Gesetzlichkeitsprinzips und des Grundsatzes der *lex mitior* in den territorialstaatlichen Kodifikationen des Polizeistrafrechts 141 – 3. Konsolidierung der Rechtslage durch territorialstaatliche Kodifikationen und Anpassung des Strafrechts an neue Schutzbedürfnisse 144
- V. Das Strafgesetzbuch für die Preußischen Staaten 146
1. Gesetzliche Regelung des Rückwirkungsverbots und des Grundsatzes der *lex mitior* 146 – 2. Das Milderungsgebot im Polizeistrafrecht 147
 - a. Rechtsprechung des Preußischen Obertribunals 147 – b. Stellungnahmen in der Literatur 148
- VI. Die Regelungen im Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes, im Reichsstrafgesetzbuch und in der Reichsstrafprozeßordnung 150
1. Regelungen der zeitlichen Geltung im Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes und im Reichsstrafgesetzbuch 150 – 2. Regelungen der zeitlichen Geltung in den Überleitungsvorschriften des Einführungsgesetzes zur Reichsstrafprozeßordnung von 1877 152
- VII. Positivismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts:
Bindings Kritik am Rückwirkungsverbot 153
1. Normentheoretische Fundierung der Zulässigkeit der Rückwirkung 153

a. Unterscheidung von Norm und Strafgesetz 153 – b. Verhältnis des Bürgers zur Strafgewalt 154 – c. Exkurs: Hälschner 155	
2. Zulässigkeit einer gesetzlichen Normierung des nulla-poena-Satzes im Reichsstrafgesetzbuch 156 – 3. Anerkennung des Rückwirkungsverbots als fundamentaler Rechtssatz in der Literatur 156	
a. Meinungsstand in der strafrechtlichen Literatur 156 –	
b. Anerkennung des Rückwirkungsverbots außerhalb des Strafrechts 157	
VIII. Zusammenfassung	159
 <i>Viertes Kapitel: Das strafrechtliche Rückwirkungsverbot in der Weimarer Reichsverfassung und die Anwendung des Milderungsgebots in Rechtsprechung und Literatur</i>	
<i>162</i>	
I. Verfassungsrechtliche Verankerung des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots in Art. 116 WRV	162
II. Einschränkungsversuche des lex-mitior-Grundsatzes in Rechtsprechung und Literatur	164
1. Auslegung von § 2 Abs. 2 StGB durch das Reichsgericht 164 –	
2. Auslegung von § 2 Abs. 2 StGB in der Rechtslehre 166	
 <i>Fünftes Kapitel: Durchbrechungen des Rückwirkungsverbots und Einschränkung des Grundsatzes des mildereren Gesetzes im Nationalsozialismus</i>	
<i>172</i>	
I. Fehlende Bindung des Gesetzgebers an das verfassungsrechtliche Rückwirkungsverbot	172
II. Durchbrechungen des Rückwirkungsverbots durch Einzelgesetze	174
III. Stellungnahmen in der Literatur	176
 <i>Sechstes Kapitel: Wiedereinführung des Rückwirkungsverbots und des Milderungsprinzips nach dem Zweiten Weltkrieg</i>	
<i>177</i>	
I. Das strafrechtliche Rückwirkungsverbot als Menschenrecht	179
1. Völkerrechtliche Grundlagen des Rückwirkungsverbots 179	
a. Art. 7 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten 179 – b. Art. 11 Abs. 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Generalversammlung der Vereinten Nationen und Art. 15 Abs. 1 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte 180	

2. Verfassungsrechtliche Verankerung des Rückwirkungsverbots in den Landesverfassungen und im Grundgesetz 181 – 3. Verhältnis von Art. 103 Abs. 2 GG und Art. 7 EMRK 184
- II. Völkerrechtliche Grundlagen der rückwirkenden Milderung . . . 184
 1. Art. 15 Abs. 1 Satz 3 IPBPR 184 – 2. Ratifizierungsvorbehalte der Bundesrepublik Deutschland 185

Zweiter Teil

- Grundzüge einer Theorie der Dynamik des Strafrechts 189
- Erstes Kapitel: Gesetzgeberische Maßnahmen zur Änderung des Strafrechts – Zur Rechtsgeltung und Rechtsanwendung 191*
- I. Verkündung, Inkrafttreten und Geltung von Gesetzen 192
- II. Derogation von Gesetzen 193
 1. Kompetenz des Gesetzgebers zur Derogation von Normen 195 –
 2. Außer-Kraft-Treten derogierender Normen 196 – 3. Derogation als beschränkte Beseitigung? 196 – 4. Unabhängigkeit der Gesetze und Verordnungen von der Aufhebung der Ermächtigungsnorm 197
- III. Der zeitliche Anwendungsbereich als Inhalt der Norm 198
 1. Das Verhältnis von Rückwirkung und zeitlichem Anwendungsbereich in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 199
 a. Unterscheidung zwischen echter und unechter Rückwirkung 200 –
 b. Tatbestandliche Rückanknüpfung und Rückbewirkung von Rechtsfolgen 201 – c. Das Rückwirkungsverbot als Problem des Individualrechtsschutzes 202
 2. Die zeitliche Erstreckung neuer Gesetze auf vergangene Sachverhalte als Verstoß gegen die rechtsstaatliche Gesetzesgeltung? 204
- IV. Bestimmung des zeitlichen Anwendungsbereichs neuer Gesetze und rechtssatzmäßige Darstellung 207
 1. Aufgehobene Rechtsnormen als limitierende Faktoren für jüngere Gesetze 207 – 2. Anwendbarkeit außer Kraft getretener Gesetze 207 –
 3. Rechtssatzmäßige Darstellung des zeitlichen Anwendungsbereichs für die Subsumtion 208
- Zweites Kapitel: Konstitutive Hoheitsakte als „Rechtssetzungsakte“: Zur Notwendigkeit einer gültigen Ermächtigungsgrundlage im Strafrecht 209*
- I. Rechtliche Relevanz einer nachträglichen Gesetzesänderung bei deklaratorischen und konstitutiven Entscheidungen 211
 1. Deklaratorische Hoheitsakte 211 – 2. Konstitutive Hoheitsakte 211

II. Konstitutiver Charakter strafrichterlicher Entscheidungen . . .	213
1. Strafrechtliche Verurteilungen als zugleich feststellende und gestaltende Entscheidungen? 213 – 2. Konstitutive Bedeutung des Prozesses für das Strafurteil (nulla poena, nullum crimen sine processu) 216 – 3. Einheitlichkeit des Schuld- und Strafausspruchs 221	
III. Anforderungen an eine gültige Ermächtigungsgrundlage im Strafrecht	222
1. Geltung des verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalts 222 – 2. Strafgesetze als Bestandteil der Ermächtigungsgrundlage 224	
<i>Drittes Kapitel: § 2 StGB als gesetzgeberische Rechtsanwendungsregel</i>	<i>226</i>
I. § 2 StGB als Durchbrechung der allgemeinen Derogationsregel?	227
1. Grundsätzliche Geltung des Tatzeitrechts 227 – 2. Grundsätzliche Geltung des Urteilszeitrechts 228 – 3. Verhältnis von § 2 Abs. 3 zu § 2 Abs. 4 StGB 228	
II. Unterscheidung zwischen Rechtsanwendung und Rechtsgeltung im Gesetzestext des § 2 StGB	229
III. Sofortwirkung des Strafgesetzes als Grundlage des § 2 StGB . . .	231
IV. Einordnung der Sonderregelung für Zeitgesetze	234
V. Regelungen der Rechtsgeltung und Rechtsanwendung im vereinigten Deutschland	235
1. Entwicklung der Rechtsanpassung bis zum Einigungsvertrag 236 – 2. Rechtsanwendung und Rechtsgeltung aufgrund des Zweiten Staatsvertrages (Einigungsvertrag) 237	
a. Unanwendbarkeit des § 2 StGB auf vor dem Beitritt der DDR nach bundesdeutschem Strafrecht strafbare Taten 238 – b. Unanwendbarkeit des § 2 StGB bei fortgeltendem DDR-Strafrecht 239 – c. Behandlung von auf DDR-Territorium begangenen Altataten nach Art. 315 EGStGB i.V.m. § 2 StGB 240	
VI. Zusammenfassung	243

Dritter Teil

Das strafrechtliche Rückwirkungsverbot als Bestandteil
und Ausprägung des Art. 103 Abs. 2 GG 249

Erstes Kapitel: Fundierung und wertsystematische Begründung
des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots 251

I. Grundrechtscharakter von Art. 103 Abs. 2 GG 252

II. Freiheitsschutz durch das Verbot nachträglicher Umbewertung
im Strafrecht 253

1. Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit von Strafbarkeit und Strafe
als Grundlage des Rückwirkungsverbots 254

a. Rechtsstaatliche Anforderungen an strafrechtliche Bewertungsnormen 255 – b. Rechtsstaatliche Anforderungen an strafrechtliche Bestimmungsnormen 257

2. Verankerung des Rückwirkungsverbots in der Menschenwürde 260 –

3. Verbindung von staatsrechtlicher und strafrechtlicher Fundierung
des Rückwirkungsverbots 265

III. Uneingeschränkte Geltung des Rückwirkungsverbots
– Zum Spannungsverhältnis zwischen materieller Gerechtigkeit
und Rechtssicherheit bei der Verfolgung nationalsozialistischer
Verbrechen 267

IV. Reichweite des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots 272

1. Anwendbarkeit des Rückwirkungsverbot auf das Strafrecht im
weiteren Sinne 272 – 2. Anwendbarkeit des Rückwirkungsverbot auf
die Geltungs-, Anwendungs-, Zurechnungs- und Vorrangregelungen
des Allgemeinen Teils 274

a. Rechtstheoretisches Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem
Teil 275 – b. Geltung der einzelnen Ausprägungen des Art. 103
Abs. 2 GG für die Regeln des Allgemeinen Teils 275

3. Geltung des Rückwirkungsverbot für Tatfolgen 279

a. Verbot rückwirkender Strafschärfung 279 – b. Begriff der
Tatfolgen 280 – c. Änderung der Voraussetzungen der Strafaus-
setzung zur Bewährung und der Verwarnung mit Strafvorbehalt 282

4. Vereinbarkeit von Art. 315 Abs. 4 EGStGB mit Art. 103 Abs. 2 GG 284

Zweites Kapitel: Die Geltung des verfassungsrechtlichen Rück-
wirkungsverbot (Art. 103 Abs. 2 GG) für Maßnahmen gemäß
§ 11 Abs. 1 Nr. 8 StGB 289

I. Geltung des strafrechtlichen Rückwirkungsverbot für
Maßregeln der Besserung und Sicherung 290

- 1. Historische Entwicklung der Zweispurigkeit des Sanktionensystems und strafrechtliches Rückwirkungsverbot 291 – 2. Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit von § 2 Abs. 6 StGB 293 – 3. Notwendigkeit einer Ausweitung des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots auf das gegenwärtige Sanktionensystem? 295
 - a. Abgrenzung von Strafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung nach den verfolgten Zwecken und Zielen 296 – b. Maßregeln der Besserung und Sicherung als „kriminalrechtliche“ Reaktionen? 301 – c. Gegenwärtige Ausgestaltung der Rechtsfolgen einer Straftat als einheitliches Sanktionensystem? 304 – d. Zusammenfassung 308

- II. Geltung des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots für Verfall, Einziehung und Unbrauchbarmachung 309
 - 1. Entwicklung der Eigentumssanktionen 310 – 2. Rechtsnatur der Einziehung und Unbrauchbarmachung 312 – 3. Rechtsnatur des Verfalls 313

Drittes Kapitel: Anwendbarkeit von Art. 103 Abs. 2 GG im Strafprozeßrecht 316

- I. Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur 317
 - 1. Unanwendbarkeit von Art. 103 Abs. 2 GG auf prozessuale Vorschriften 317
 - a. Überblick über die höchstrichterliche Rechtsprechung 317 –
 - b. Abgrenzung zwischen objektiver Strafbarkeitsbedingung und Prozeßvoraussetzung 318
 - 2. Forderung nach Ausweitung des Anwendungsbereichs des Art. 103 Abs. 2 GG auf prozeßrechtliche Normen 321 –
 - 3. Notwendigkeit einer Differenzierung nach dem Kriterium der „Bewertung der Tat“ 322

- II. Ausweitung des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots auf Prozeßvoraussetzungen 323
 - 1. Zulässigkeit rückwirkender Verjährungsverlängerungen? 323
 - a. Übergang der Rechtsprechung von der gemischten zur prozeßrechtlichen Verjährungstheorie 324 – b. Verlängerungen der Verjährungsfristen anläßlich der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen 325
 - 2. Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Bestimmung des Anwendungsbereichs von Art. 103 Abs. 2 GG 330
 - a. Zur Verjährungsverlängerung in der Nachkriegszeit als Gebot der materiellen Gerechtigkeit 330 – b. Verbot einer nachträglichen Neubewertung der Tat: Zu den Anforderungen des Gesetzlichkeitsprinzips an Verjährungsvorschriften 332 – c. Zulässigkeit und Grenzen rückwirkender Verschärfungen des Strafantragsrechts 335

II.	Anwendung von Art. 103 Abs. 2 GG auf die Vorschriften über die Einstellung des Verfahrens aus Opportunitätsgründen	338
	1. Die Einstellung des Verfahrens aus Opportunitätsgründen als „Strafe“ i.S.d. Art. 103 Abs. 2 GG	340
	a. Einstellung wegen Geringfügigkeit gemäß § 153 StPO als „strafrechtliche Sanktion“	341
	b. Einstellung nach Erfüllung von Auflagen und Weisungen gemäß § 153 a StPO	342
	2. §§ 153, 153 a StPO als prozessuale Regelungen mit materiell-rechtlichen Auswirkungen	344
	3. Einschränkung des Verzichts auf Sanktionierung (§ 153 StPO) als Umbewertung der Tat?	347
III.	Anwendung von Art. 103 Abs. 2 GG auf die Untersuchungshaft	348
	1. Strafcharakter der §§ 112 Abs. 3, 112 a Abs. 1 StPO	349
	a. Haftgrund der Tatschwere nach § 112 Abs. 3 StPO	350
	b. Haftgrund der Wiederholungsgefahr nach § 112 a Abs. 1 StPO	350
	2. Ausweitung der Haftgründe der §§ 112 Abs. 3, 112 a Abs. 1 StPO als strafähnliche Eingriffe	351
IV.	Anwendung von Art. 103 Abs. 2 GG auf das Beweisrecht	353
	1. Abgrenzung von Tat- und Rechtsfragen	354
	2. Einschränkung von Beweisverboten durch gesetzliche Regelungen	356
	3. Strafrechtliche Geltung außerstrafrechtlicher Beweisvermutungen und Beweislastregeln	358
	4. Änderung der Promillegrenze bei § 316 StGB	359
V.	Zusammenfassung	361
	<i>Viertes Kapitel: Rückwirkungsverbot bei Änderung der Rechtsprechung im Strafrecht</i>	<i>364</i>
	I. Anwendungsfälle rückwirkender Rechtsprechungsänderung	364
	II. Meinungsstand zur Anwendbarkeit von Art. 103 Abs. 2 GG auf rückwirkende Rechtsprechungsänderungen	366
	1. Ablehnende Haltung in der höchstrichterlichen Rechtsprechung und Teilen der Literatur	367
	2. Forderung nach einer (analogen) Anwendung des Art. 103 Abs. 2 GG	370
	III. Einbeziehung der Rechtsprechungsänderung in den Anwendungsbereich des Art. 103 Abs. 2 GG als Fall des Verfassungswandels	372
	1. Ausweitung des Rückwirkungsverbots auf Änderungen der Rechtsprechung als Problem des Verfassungswandels	373
	2. Wandel im Regelungsbereich des Art. 103 Abs. 2 GG: Zur Stellung der Rechtsprechung im Prozeß der Rechtsfindung	376

- a. Abkehr vom Justizsyllogismus 376 – b. Zunahme unbestimmter Rechtsbegriffe in positivierten Rechtssätzen 377 – c. Bindung des Strafrichters an vorausgegangene Entscheidungen und Präjudizien 379
- 3. Bestimmung der Grenzen für einen Wandel der Verfassung 381
 - a. Art. 103 Abs. 2 GG als tendenziell offene Vorschrift? 382 –
 - b. Normprogramm als Grenze des Verfassungswandels 384
- 4. Notwendigkeit der Einbeziehung von Rechtsprechungsänderungen in das Rückwirkungsverbot des Art. 103 Abs. 2 GG 385
 - a. Vertrauensschutz und Verlässlichkeit der Rechtsordnung als Gebot der Rechtsstaatlichkeit 386 – b. Funktionsvergleich zwischen Gesetzgebung und Rechtsprechung 388

Fünftes Kapitel: Sonderfragen bei der Änderung des Strafgesetzes zwischen Beginn und Beendigung der Tat (§ 2 Abs. 2 StGB) 393

- I. Beendigung der Handlung als maßgeblicher Zeitpunkt 393
 - 1. Beendigung der Handlung bei Zustandsdelikten 394 – 2. Beendigung der Handlung bei Dauerdelikten 395
- II. Art. 103 Abs. 2 GG als Schranke bei der Anwendung des zum Beendigungszeitpunkt geltenden Gesetzes 395
 - 1. Änderung strafbegründender Merkmale 395 – 2. Einführung von Strafschärfungen 396 – 3. Einführung qualifizierender Merkmale 397
- III. Gesetzesänderungen während der Begehung einer fortgesetzten Handlung 398

Vierter Teil

Das strafrechtliche Milderungsgebot als Bestandteil und Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips 403

Erstes Kapitel: Verfassungsrang des Milderungsgebots 407

- I. Fundierung des strafrechtlichen Milderungsgebots 409
 - 1. Das Milderungsgebot als Ausprägung verhältnismäßiger Gerechtigkeit 409
 - a. Der Grundsatz des mildereren Gesetzes als Gebot der austeilenden Gerechtigkeit („iustitia distributiva“) 411 – b. Bindung des Gesetzgebers an einen Kernbestand verfassungsrechtlich vorgegebener Kriterien, insbesondere an den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 413 – c. Berücksichtigung der „verbessernden Rechtserkenntnis“ als Gebot der Gleichbehandlung 415

2. Anforderungen an die Klarheit und Transparenz gesetzlicher Übergangsregelungen	419
a. Formalisierung der Grenzen des Milderungsgebots durch § 2 Abs. 4 StGB 420 – b. Anerkennung rechtskräftiger Entscheidungen als formale Grenzziehung für die Nichtberücksichtigung gesetzlicher Milderungen	422
II. Das Milderungsgebot als Ausprägung der Rechtsstaatlichkeit: Zur Bedeutung der völkerrechtlichen Anerkennung des Milderungsgebots in Art. 15 Abs. 1 S. 3 IPBPR	424
1. Menschenrechtskonforme Verfassungsinterpretation 425 – 2. Konkretisierungsbedürftigkeit des völkerrechtlichen Milderungsgebots	427
III. Verfassungsrang des Milderungsgebots bei mildereren Zwischengesetzen?	429
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 430 – 2. Berücksichtigung des mildesten Zwischengesetzes als Problem des Willkürverbots und des allgemeinen Vertrauensschutzes	431
 <i>Zweites Kapitel: Konkretisierung des im Rechtsstaatsprinzip verankerten Milderungsgebots durch Sonderregelungen für außer Kraft getretene Gesetze</i>	
I. Sonderregelung für Zeitgesetze (§ 2 Abs. 4 StGB)	434
1. Entstehungsgeschichte der Sonderregelung für Zeitgesetze	434 –
2. Entwicklung der Rechtsprechung zum Zeitgesetz in der Nachkriegszeit	435
a. Fortsetzung der reichsgerichtlichen Rechtsprechung bis zur Wiedereinführung des obligatorischen Strafmilderungsgebots	435 –
b. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu § 2 Abs. 2 und 3 StGB (Drittes Strafrechtsänderungsgesetz vom 14.8.1953)	437 –
c. Unanwendbarkeit der Zeitgesetzregelung bei geänderter Rechtsanschauung und bei langer Geltungsdauer des Gesetzes	441
3. Gegenwärtiger Meinungsstand zu Begriff und materieller Rechtfertigung der Zeitgesetze	442
a. Zeitgesetze im engeren und im weiteren Sinn	442 – b. Materielle Rechtfertigung der Sonderregelung für Zeitgesetze
b. Materielle Rechtfertigung der Sonderregelung für Zeitgesetze	443
4. Auslegung von 2 Abs. 4 StGB unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Fundierung	445
a. Berücksichtigung gesetzgeberischer Bewertungsänderungen als Gebot der materiellen Gerechtigkeit	447 – b. Erfordernis der formellen Gesetzesbindung
b. Erfordernis der formellen Gesetzesbindung	449
II. Zulässigkeit ausdrücklicher gesetzlicher Einschränkungen des Milderungsgebots – Zur Verfassungsmäßigkeit der Übergangsregelungen des Einigungsvertrages	450

- 1. Modifizierung der sich aus § 2 Abs. 3 StGB ergebenden allgemeinen Grundsätze durch Art. 315 EGStGB 450 – 2. Verschärfung der Verjährungsvorschriften 451 – 3. Weiterverfolgung volkswirtschaftsschädlicher Straftaten aufgrund von § 10 S. 1 des Sechsten DDR-Strafrechtsänderungsgesetzes 452
 - a. Fehlende Allgemeinheit von Übergangsregelungen? 453 –
 - b. Unzulässigkeit von Einzelfallgesetzen (Art. 19 Abs. 1 GG) 453 –
 - c. Übergangsregelungen als Eingriff in Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG 454 –
 - d. Verstoß von § 10 S. 1 des Sechsten Strafrechtsänderungsgesetzes gegen das im Rechtsstaatsprinzip verankerte Milderungsgebot 455 –
 - e. Willkürverbot des Art. 3 Abs. 1 GG 456

III. Außerstrafrechtliche „Schlußvorschriften“ als strafrechtliche Übergangsregelungen? 457

Drittes Kapitel: Der Begriff des Strafgesetzes in § 2 Abs. 3 StGB: Zur Anwendbarkeit des Milderungsgebots auf in Bezug genommene außerstrafrechtliche Regelungen 461

I. Einfluß außerstrafrechtlicher Rechtsänderungen auf das Strafrecht 462

- 1. Dynamisierung des Strafrechts durch Anknüpfung an außerstrafrechtliche Regelungen und Standards 463
 - a. Änderung blankettausfüllender Normen 463 – b. Rechtsnormative Tatbestandsmerkmale 465 – c. Fälle indirekter Akzessorietät 467
- 2. Statische Verweisungen auf konstitutive Akte der Verwaltungsbehörden und Gerichte 468

II. Meinungsstand zur Einschränkung des Milderungsgebots bei in Bezug genommenen Rechtsnormen 471

- 1. Anerkennung außerstrafrechtlicher Regelungseffekte 472 –
- 2. „Günstigere Gestaltung der gesamten Rechtslage“ unter Ausschluß der „Ersetzung einer Regelung durch eine andere“ 473 – 3. Änderung des Schutzzwecks und der Angriffsrichtung des Tatbestandes als Voraussetzung des Milderungsgebots 474 – 4. Grundsätzliche Erheblichkeit aller Gesetzesänderungen unter Ausschluß rein technischer Änderungen 474

III. Notwendigkeit einer strafrechtlichen Bestimmung der intertemporalen Rechtsregeln für rechtsnormative Tatbestandsmerkmale und in Bezug genommene Regelungen 475

- 1. Verhältnis strafrechtlicher und außerstrafrechtlicher Normen zueinander 476

a. Bestimmung des Inhalts von Blankettstrafgesetzen durch Zusammenlesen von verweisendem und ausfüllendem Gesetz 476 –	
b. Rechtsnormative Tatbestandsmerkmale als durch Recht und Gesetz begründete Tatsachen 477	
2. Anwendung des Milderungsgebots auf rechtsnormative Tatbestandsmerkmale 478	
a. Anforderungen an das Vorliegen einer wirksamen Ermächtigungsgrundlage 478 – b. Grenzziehung zwischen „richtigem Recht“ und Bestandsschutz im außerstrafrechtlichen Bereich 482 – c. Zugriffsrecht des Gesetzgebers auf „individuelle Rechtsnormen“ 484 –	
d. Anforderungen an die Unrechtskontinuität 487 – e. „Verbessernde Rechtserkenntnis“ als Abgrenzungskriterium zwischen zu berücksichtigenden und unbeachtlichen Änderungen 488 – f. Anforderungen an die Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit 490 –	
g. Zusammenfassung 491	
3. Anwendung des Milderungsgebots auf blankettausfüllende Normen 492	
IV. Mittelbare Rechtsänderungen	495
1. Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur 495	
a. Anwendung von § 2 Abs. 3 StGB durch die höchstrichterliche Rechtsprechung 495 – b. Stellungnahmen in der Literatur 496	
2. Mildernde Berücksichtigung bewertungsändernder Gesetze 498	
<i>Viertes Kapitel: Bestimmung des mildesten Gesetzes</i>	501
I. Anforderungen an die Unrechtskontinuität bei Tatbestandsänderungen	502
1. Entwicklung des Erfordernisses der Unrechtskontinuität in Rechtsprechung und Lehre 503	
a. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 503 – b. Anforderungen an die Kontinuität des Unrechts in der Literatur 507 – c. Erfordernis der Identität zwischen alter und neuer Rechtslage 509	
2. Anforderungen des Verfassungsrechts an den Vergleich der alten mit der neuen Rechtslage 510	
a. Erfordernis der Unrechtskontinuität zwischen altem und neuem Recht 511 – b. Anforderungen des Verschuldensgrundsatzes im Zusammenwirken mit dem Gesetzlichkeitsprinzip 513 – c. Anforderungen des Gesetzlichkeitsprinzips an die Anwendung der bundesdeutschen Straftatbestände auf DDR-Straftaten 516 –	
d. Authentische Interpretation des Gesetzgebers 521	
II. Bestimmung der mildesten Rechtsfolgen	523
1. Verhältnis von Haupt- zu Nebenstrafen und Nebenfolgen 524	
a. Gesetzliche Rangordnung zwischen Hauptstrafen, Nebenstrafen, Nebenfolgen und sonstigen Maßnahmen 524 – b. Grundsatz strikter Alternativität des Gesetzes 525	

2. Erweiterung der Sanktionsmöglichkeiten 526 – 3. Umwandlung
von Straftaten in Ordnungswidrigkeiten 528 – 4. Verhältnis von
Freiheits- und Geldstrafen 529

Zusammenfassung	531
Literaturverzeichnis	541
Stichwortverzeichnis	609

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.B.	Administratiefrechtlijke Beslissingen
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
a.M.	am Main
aaO.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
Abschnittserhebungsg	Abschnittserhebungsgesetz
Abt.	Abteilung
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AG	Amtsgericht
AG	Die Aktiengesellschaft
AK-GG	Alternativkommentar zum Grundgesetz
AK-StGB	Alternativkommentar zum Strafgesetzbuch
Allg. Teil	Allgemeiner Teil
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten
Amtl.	Amtlich
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARSP	Archiv für die Rechts- und Wirtschaftsphilosophie
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
Ausg.	Ausgabe
Bay.	Bayerisch; Bayern
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BayOG	Oberster Gerichtshof für Bayern
BayVGH	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes

BayVGHE	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs mit Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
Begr.	Begründung
betr.	betreffend
BFernmG	Bundesfernmeldegesetz
BGA	Bundesgesundheitsamt
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGBI. I	Bundesgesetzblatt. Teil I
BGBI. II	Bundesgesetzblatt. Teil II
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Sammlung von Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Sammlung von Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Brg. G. v.	Braunschweigisches Gesetz vom
BT-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
Bull. crim	Bulletin criminel
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
c.	capitulum
ca.	circa
Cah. crim.	Cahier criminel: Arret de la Cour de Cassation, chambre criminelle
cap.	capitulum
CCC	Constitutio Criminalis Carolinae
chap.	le chapitre
CHRYB	Canadian Human Rights Year Book
col.	columnne
concl. et regul.	conclusiones et regulae
Consil.	Consiliorum
d.h.	das heißt
Dall. U.S.	Dallas' Pennsylvania and United States Reports
DAR	Deutsches Autorecht
DAWR	Deutsche Außenwirtschafts-Rundschau
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
déc.	décembre

def.	definitio
ders.	derselbe
Dig.	Digesten
DIN	Deutsches Institut für Normung
Diss.	Dissertation
Diss. jur.	juristische Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DR	Deutsches Recht
Dr.	Doktor
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drucks.	Drucksache
DSchG	Denkmalschutzgesetz
dt.	deutsch(e, er, es)
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
Ed.	Edition
EG	Europäische Gemeinschaften
EG. PrStGB.	Einführungsgesetz zum Preußischen Strafgesetzbuch
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Sammlung von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
EGOWiG	Einführungsgesetz zum Ordnungswidrigkeitengesetz
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
Einf.-Ges.	Einführungsgesetz
Einl.	Einleitung
élem.	élémentaire
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ER-Dok.	Europarat-Dokumentation
Erl.	Erläuterung
et al.	et alia
etc.	et cetera
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGHMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – mit Einigungsvertragsgesetz
Ev.	Evangelisch
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Schriftenreihe zum europäischen Weinrecht
f.	folgende
Febr.	Februar
ff.	fortfolgende

Fn.	Fußnote
fol.	folio
FR	Finanz-Rundschau (Deutsches Steuerblatt)
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
GBI. DDR	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GS	Der Gerichtssaal
GS	Gesetzessammlung
GS	Großer Senat
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Kartellgesetz
H.	Heft
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Halbbd.	Halbband
Hann. G. v.	Hannoversches Gesetz vom
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht
Harv. Law Review	Harvard Law Review
HdbDStR	Handbuch des Deutschen Strafrechts
HDG	Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte
hl.	heilig(e, er, es)
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HWistR	Handwörterbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts mit Ordnungswidrigkeiten- und Verfahrensrecht
HZ	Historische Zeitschrift
i.d.F.	in der Fassung
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
IherJb.	Iherings Jahrbücher für die Dogmatik des Bürgerlichen Rechts
im Erg.	im Ergebnis
insbes.	insbesondere
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
Ius Commune	Veröffentlichungen des Max Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte
J.C.P.	Juris classeur périodique (Semaine Juridique)
J.O.	Journal Officiel
JA	Juristische Arbeitsblätter
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JMBI. NRW	Justizministerialblatt Nordrhein-Westfalen

JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KK OWiG	Karlsruher Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz
KK StPO	Karlsruher Kommentar zur Strafprozeßordnung
KOM	Kommission
KÖSDI	Kölner Steuerdialog
krit.	kritisch
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KZ	Konzentrationslager
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LG	Landgericht
lib.	liber
lit.	littera
liv.	le livre
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
LP	Legislaturperiode
MA	Mittelalter
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MRG	Militärregierungsgesetz
MRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
n.	numéro
n.Chr.	nach Christus
n.F.	neue Fassung
n.F.	neue Folge
Nachw.	Nachweise(n)
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
NStE	Neue Entscheidungssammlung für Strafrecht
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o.J.	ohne Jahresangabe
o.g.	oben genannt
OGH	Oberster Gerichtshof
OGHSt	Sammlung von Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone in Strafsachen
Okt.	Oktober
OLG	Oberlandesgericht

Opp. Rspr.	Sammlung strafrechtlicher Entscheidungen des Reichsgerichts, hrsg. von Oppenhof
öStGB	Österreichisches Strafgesetzbuch
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
ÖzöR	Österreichische Zeitung für öffentliches Recht
P.	Paragraph
p.	pars
PGO	Polizeigerichtsordnung
praef.	praefatio
Preuß. AbgH	Preußisches Abgeordnetenhaus
preuß.	preußisch(e, er, es)
Preuß. OVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht
Preuß. StGB	Preußisches Strafgesetzbuch
Publ.	Publikation
quaest.	quaestio
RAF	Rote Armee Fraktion
Rdn.	Randnummer
RegBl.	Regierungsblatt
rel.	relative
Res.	Resolution
Rev.	Revue
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Sammlung von Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Sammlung von Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rspr.	Rechtsprechung
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RStPO	Reichsstrafprozeßordnung
S.	Satz
S.	Seite
s.	siehe
Sachgeb.	Sachgebiet
sc.	scilicet
schriftl.	schriftlich(e, er, es)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sess.	Session
SJZ	Süddeutsche Juristen-Zeitung
SK StGB	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
SK StPO	Systematischer Kommentar zur Strafprozeßordnung
sog.	sogenannte(r)
Sp.	Spalte
spec.	specialis
Sr.	Wetboek van Strafrecht
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
StR	Strafrecht

StrÄG	Strafrechtsänderungsgesetz
StrRG	Gesetz zur Reform des Strafrechts
StV	Strafverteidiger
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
StW	Steuer-Warte
Teilbd.	Teilband
TierSchG	Tierschutzgesetz
Tit.	Titel
titul.	titulum
U-Haft	Untersuchungshaft
u.a.	und andere
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliche
u.ö.	und öfter
u.U.	unter Umständen
UN	United Nations
Un-Doc. E	UN-Dokument. Unterkommission
UNO	United Nations Organization
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UrhG	Urheberrechtsgesetz
Urt.	Urteil
USA	United States of America
usw.	und so weiter
v.	vom(n)
v.Chr.	vor Christus
VDA	Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Allgemeiner Teil
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VkBl.	Verkehrsblatt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
VO	Verordnung
VOBl.	Verordnungsblatt
VOBl. BrZ	Verordnungsblatt Britische Zone
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
weit.	weitere(n)
2. WiKG	2. Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
WiStG	Wirtschaftsstrafgesetz
wistra	Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht

WRV	Weimarer Reichsverfassung
z.B.	zum Beispiel
zahlr.	zahlreiche(n)
ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
ZfHF	Zeitschrift für historische Forschung
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern
ZgesStw	Zeitschrift für die gesamte Staatsrechtswissenschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRG Germ. Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung
ZRG Kan. Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Einführung

1. Der Begriff des intertemporalen Strafrechts intendiert die Fragen der zeitlichen Geltung von Strafrechtsnormen. Er kann an eine lange Tradition anknüpfen, die allerdings in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Die Probleme, die sich im Falle einer Rechtsänderung zwischen der Begehung einer Tat und deren Aburteilung bei der Abgrenzung des zeitlichen Geltungsbereichs neuer gegenüber alten Rechtsnormen stellen, wurden ganz überwiegend im Rahmen des Rückwirkungsverbots, das Bestandteil der Garantiefunktion des Strafgesetzes ist, erörtert. Der in der heutigen Praxis sehr viel häufigere und in der Regel gleichermaßen problematische Fall ist jedoch die Rückwirkung des neuen milderen Rechts, das zu einer „Ausnahme vom Rückwirkungsverbot“ verkümmerte¹. Bereits im Jahre 1974 hat deshalb Tiedemann für das politische Strafrecht darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei dem intertemporalen Strafrecht um einen vernachlässigten „Grenzbereich von Strafrecht, Staatsrecht und allgemeiner Rechtstheorie“ handelt, der „an Grundpositionen heutiger Vorstellungen von strafrechtlicher Gerechtigkeit und Rechtsgeltung“ rührt und durch § 2 StGB keineswegs gelöst ist².

2. Die besondere *Aktualität* dieser Probleme wird bei der Diskussion um die Ablösung der Strafrechtsordnung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik durch die der Bundesrepublik deutlich, die zu zahlreichen Unsicherheiten führt und künftig weitere Probleme und neue Fragen aufwerfen wird³. Ungeklärt ist zunächst, ob die intertemporalen Strafrechtsregeln des § 2 StGB⁴ unmittelbar anzuwenden sind⁵, ob es sich um

¹ So Schroeder, in: Festschrift für Bockelmann, S. 785.

² in: Festschrift für Peters, S. 193 f.

³ Vgl. nur Grünwald, StV 1991, 31 ff.; Lüderssen, StV 1991, 482 ff.; Peter/Volk, JR 1991, 89 ff.; Schroeder, JR 1991, 336 ff.

⁴ Da § 2 Abs. 1 StGB die nähere Konkretisierung des in § 1 StGB normierter Rückwirkungsverbots enthält, soll im folgenden statt § 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 StGB nur § 2 Abs. 1 StGB erwähnt werden. § 1 StGB regelt das Gesetzlichkeitsprinzip in wörtlicher Übereinstimmung mit Art. 103 Abs. 2 GG.

⁵ So Grünwald, StV 1991, 33; Schönke/Schröder/Eser, Rdn. 78 ff. vor §§ 3 – 7. vgl. auch Schneiders, MDR 1990, 1050.

einen Fall der Rechtsnachfolge handelt⁶ oder ob eine international-strafrechtliche Lösung Vorrang beanspruchen kann⁷. Im einzelnen wird kontrovers diskutiert, ob Art. 103 Abs. 2 GG in Fällen eingreift, die nach bundesdeutschem Recht stets strafbar waren, nicht jedoch in der ehemaligen DDR⁸, oder ob das Milderungsgebot einer Bestrafung entgegensteht, wenn Straftatbestände wie z.B. der Meineidstatbestand oder die Strafvereitelung überindividuelle Rechtsgüter der DDR geschützt haben und heute aufgehoben sind. Weiterhin ist unklar, ob bundesdeutsche Straftatbestände, die – wie das Umweltstrafrecht⁹ – auf das Territorium der DDR ausgedehnt wurden, auch auf Altaten anwendbar sind, oder ob hierin ein Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot liegt. Schließlich bedarf es der Diskussion, ob über das Sonderproblem der Zeitgesetze hinaus gesetzgeberische Anordnungen, wonach aufgehobene Strafgesetze weiterhin auf Altfälle anzuwenden sind, uneingeschränkt zulässig sind¹⁰.

Die Rechtsprobleme, die mit der *Ablösung einer Rechtsordnung* durch eine neue, sie ersetzende auftreten, sind nicht neu. Übergangsprobleme stellten sich bereits im 18. Jahrhundert, als die großen Kodifikationen der Aufklärung geschaffen wurden, sodann im 19. Jahrhundert bei der Ablösung der territorialstaatlichen Strafrechtsordnungen durch das Reichsstrafgesetzbuch von 1871. Schwierige verfassungs- und strafrechtliche Probleme stellten sich schließlich bei der strafrechtlichen Bewältigung der Gewaltverbrechen des Nationalsozialismus, die Gegenstand mehrerer höchstrichterlicher Entscheidungen waren¹¹ und in der Literatur zu einer eingehenden Diskussion um die Grenzen der Positivität im Strafrecht geführt haben. Zutreffend weist Grünwald darauf hin, daß angesichts der Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland nunmehr die Argumentation: Recht sei nicht gleich Gesetz, erneut relevant wird¹². Vor allem aber ist klärungsbedürftig, ob – wie nach dem Zweiten Weltkrieg Hart angeregt hat¹³ – die Regeln des intertemporalen Strafrechts für Rechtsänderungen innerhalb einer kontinuierlichen Ordnung einerseits und der Ablösung einer Rechtsordnung durch eine andere andererseits *einheitlich* zu bestimmen sind¹⁴.

⁶ So Samson, NJW 1991, 337.

⁷ So wohl Dreher/Tröndle, § 3 Rdn. 11 i; Widmaier, NJW 1990, 3169 f.

⁸ Näher dazu Grünwald, StV 1991, 31 ff.; Schönke/Schröder/Eser, § 2 Rdn. 76 f.; Widmaier, NJW 1991, 2460 ff.

⁹ Eingehend Heine, DtZ 1991, 423 ff.

¹⁰ Vgl. dazu den Vorlagebeschluß des LG Berlin, DtZ 1991, 217 ff.

¹¹ Vgl. insbesondere BVerfGE 25, 286 zur nachträglichen Verjährungsverlängerung.

¹² StV 1991, 36.

¹³ Recht und Moral, S. 44 f.

¹⁴ Vgl. dazu auch Jakobs, Strafrecht, Kap. 4/9 Fn. 23, der es für vorzugswürdig gehalten hätte, den Grundsatz der Gesetzesbindung für die Beurteilung nationalsozialistischer Taten zu suspendieren.

3. Auch innerhalb sich *kontinuierlich fortentwickelnder Rechtsordnungen* werfen die intertemporalen Regeln des Strafrechts Fragen von grundlegender Natur auf, die trotz inzwischen zahlreicher gerichtlicher Entscheidungen und einer eingehenden Diskussion in der Literatur nach wie vor als nicht geklärt gelten müssen. Im Vordergrund der bisherigen Erörterungen stand in der Regel das *Rückwirkungsverbot*. Als Schutzrecht des Bürgers ordnet es an, daß erst nach dem Eingreifen des Gesetzgebers eine nunmehr gerecht erscheinende (strengere) Strafe verhängt werden darf. Bereits im Jahre 1885 hat hierzu Binding¹⁵ in seinem „Handbuch des Strafrechts“ festgestellt, daß kaum ein anderer Satz des Strafrechts als so selbstverständlich gelte wie der Grundsatz ‚nulla poena sine lege‘: „Seinen Konsequenzen haben sich Gesetzgebung und Doctrin mit seltener Einmütigkeit unterworfen“. Binding war es aber auch, der sich äußerst kritisch mit diesem Grundsatz auseinandersetzte und zu dem Ergebnis kam, daß ein Strafgesetz auch später erlassen werden könne, wie das klassische römische Recht sich zu tun nicht gescheut habe¹⁶. Nach den Erfahrungen mit der Praxis des Dritten Reiches wurde dieser Satz, der seine Grundlage nicht nur in Eigentümlichkeiten des Strafrechts, sondern in allgemeinen übergeordneten Prinzipien des Rechtsstaats hat¹⁷, in Art. 103 Abs. 2 GG mit Verfassungsrang ausgestattet. Mangakis nennt ihn einen elementaren Zentralbegriff des modernen Strafrechts, der in Lehre und Gesetzgebung höchste Anerkennung verdiene¹⁸, und Arthur Kaufmann sieht darin sogar ein naturrechtliches Prinzip, das der Gesetzgeber bereits vorgefunden habe¹⁹.

Blickt man in die Lehrbücher und Kommentare des Strafrechts, so besteht über einen Kernbereich des nulla-poena-Satzes Einigkeit: Art. 103 Abs. 2 GG verbietet für das Strafrecht jede Rückwirkung ausnahmslos und unabhängig von Art und Ausmaß der Wirkung auf die Rechtsposition des Einzelnen. Es handelt sich also nicht um ein ‚Prinzip‘ im Sinne eines Optimierungsgebots, sondern um eine ‚Regel‘, die bei Erfüllung der Voraussetzungen die Rückwirkung definitiv verbietet²⁰. Entsprechend liegen die Streitpunkte weniger im Bereich der Rechtsfolge als vielmehr bei den Voraussetzungen des Art. 103 Abs. 2 GG, die in engem Zusammenhang mit der umstrittenen Fundierung des Rückwirkungsverbots stehen: Eine im strafrechtlichen Schrifttum entwickelte Auslegung des Art. 103 Abs. 2 GG

¹⁵ S. 169 ff.

¹⁶ Normen I, S. 175.

¹⁷ Coing, BB 1954, 138.

¹⁸ ZStW 81 (1969), 997 f.

¹⁹ Das Schuldprinzip, S. 92 Fn. 31.

²⁰ Zur Unterscheidung von Prinzipien und Regeln vgl. Alexy, Theorie der Grundrechte, S. 71 ff. mit weit. Nachw.

sieht als Ziel dieser Norm den Vertrauensschutz des potentiellen Täters oder die Sicherstellung der individuellen Vorhersehbarkeit des Rechts für den Verbrecher²¹. Demgegenüber betont eine in der neueren Literatur zunehmend vertretene Ansicht, das Gesetzlichkeitsprinzip diene dem Schutz des Bürgers vor gesetzgeberischer Willkür durch objektive Begrenzung der Staatsgewalt²², wobei allerdings im einzelnen umstritten ist, unter welchen Voraussetzungen von Willkür die Rede sein kann. Grünwald, der sich mit dem Wandel des Gesetzlichkeitsprinzips seit der Aufklärung unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses des Konstitutionalismus auseinandergesetzt hat, zeigt den Einfluß der Verfassungsentwicklung auf die Regeln der zeitlichen Geltung auf. Für das Rückwirkungsverbot greift er auf die Gewaltenteilung und das Demokratieprinzip zurück und stützt sich auf das Gerechtigkeitsprinzip, welches verbiete, Strafgesetze unter dem Eindruck von Einzelfällen aufzustellen, weil bei solchen Gesetzen die Gefahr bestehe, daß sie sich bei distanzierter Betrachtung als verfehlt erweisen²³. – Weiterhin ist umstritten, in welchem Verhältnis die einzelnen Ausprägungen des Art. 103 Abs. 2 GG, insbesondere der Bestimmtheitsgrundsatz und das Rückwirkungsverbot, zueinander stehen²⁴. Bezüglich des Anwendungsbereichs des Art. 103 Abs. 2 GG wird diskutiert, ob das Rückwirkungsverbot neben einem gesicherten Kernbereich auf Maßregeln der Besserung und Sicherung²⁵, auf Vorschriften des Prozeßrechts, soweit nicht nur rein organisatorische Fragen geregelt werden²⁶, und auch auf Änderungen einer gesicherten höchstrichterlichen Rechtsprechung zu Lasten des Täters anzuwenden ist²⁷.

²¹ So Bemann, JuS 1965, 335 f.; Calvelli-Adorno, NJW 1965, 274; Haffke, Das Rückwirkungsverbot des Art. 103 II, S. 115 ff., 127; Klug, JZ 1965, 151; Pföhler, Zur Unanwendbarkeit des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots, Rdn. 1015; vgl. auch Rudolphi, in: SK, § 1 Rdn. 10.

²² So insbesondere Jakobs, Strafrecht, Kap. 4/9; Krey, Keine Strafe ohne Gesetz, Rdn. 126; Schreiber, ZStW 80 (1968), 384; Stratenwerth, Strafrecht AT, Rdn. 78; Tiedemann, Tatbestandsfunktionen, S. 190 ff.

²³ ZStW 76 (1964), 16 f.; ebenso Schreiber, ZStW 80 (1968), 367; kritisch dazu Schünemann, Nulla poena sine lege, S. 15 f.

²⁴ In neueren Untersuchungen wird das Rückwirkungsverbot als Unterfall der Tatbestandsbestimmtheit gesehen; vgl. Krahl, Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, S. 52 f.; Ransiek, Lebenswirklichkeit, S. 8; a.A. Rudolphi, in: SK, § 1 Rdn. 11; Stratenwerth, Strafrecht AT, S. 44.

²⁵ Vgl. nur Jung, in: Festschrift für Wassermann, S. 875 ff. mit weit. Nachw.

²⁶ Jakobs, Strafrecht, Kap. 4/9; Schreiber, ZStW 80 (1968), 348 ff. mit weit. Nachw.; vgl. auch Maier, Die Garantiefunktion des Gesetzes im Strafprozeß, S. 43 ff., 54 ff., 113 ff.; a.A. Pföhler, Zur Unanwendbarkeit des strafrechtlichen Rückwirkungsverbots, Rdn. 1016 ff.

²⁷ BGH, NJW 1990, 2393 ff.; BVerfG, NJW 1990, 3140 mit abl. Anmerkung Krahl, NJW 1991, 808 f.; Schönke/Schröder/Eser, § 2 Rdn. 8 mit weit. Nachw.

Während bezüglich des Rückwirkungsverbots in der Literatur insgesamt eine Tendenz zu einer extensiven Anwendung festzustellen ist, scheint sich für das *Milderungsgebot* seit der sogenannten Parteispenden-Entscheidung des Bundesgerichtshofs²⁸ in Rechtsprechung und Literatur eine eher restriktive Auslegung und Anwendung durchzusetzen²⁹. Unstreitig ist heute, daß Milderungen grundsätzlich zulässig sind und nicht – wie früher eingehend erörtert – mit dem Rückwirkungsverbot des Art. 103 Abs. 2 GG kollidieren, das sich als Abwehrrecht gegen den Staat nur zugunsten des Bürgers auswirkt³⁰. Auch der Gerechtigkeitsgehalt des Milderungsgebotes wird ganz überwiegend anerkannt³¹. Jedoch ist unklar, welche Bedeutung der völkerrechtlichen Anerkennung des Milderungsgebots in Art. 15 Abs. 1 S. 3 des Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 für das innerstaatliche Recht zukommt, insbesondere ob der *lex-mitior*-Grundsatz dadurch Verfassungsrang besitzt³². Problematisch ist weiterhin die Grenzziehung zwischen der allgemeinen Zeitbedingtheit eines jeden Gesetzes und den – nicht ausdrücklich befristeten – Zeitgesetzen i.w.S., deren Berücksichtigung im Falle einer Milderung seit dem Dritten Strafrechtsänderungsgesetz von 1953³³ nicht mehr im Ermessen des Richters steht, die vielmehr nach § 2 Abs. 4 StGB auch noch nach ihrem Außerkrafttreten anwendbar sind. Umstritten ist schließlich, unter welchen Voraussetzungen die Änderung außerstrafrechtlicher, durch Strafgesetze in Bezug genommener Regeln wegen des Gebots der verhältnismäßigen Gerechtigkeit als Milderung zu berücksichtigen sind und inwieweit zwischen Blankettgesetzen und rechtsnormativen Tatbestandsmerkmalen zu unterscheiden ist. Diese Problematik steht in engem Zusammenhang mit der Anerkennung bloßer Ungehorsamstatbestände³⁴, der (fragwürdigen) Abgrenzung zwischen nur mittelbaren und unmittelbaren Strafrechtsänderungen³⁵, der Anerkennung außerstrafrechtlicher, einer nachträglichen Geset-

²⁸ BGHSt 34, 272 ff.

²⁹ Vgl. dazu Tiedemann, Artikel „Zeitgesetz“, in: HdWiStR, S. 3 f.

³⁰ Vgl. nur Mohrbotter, ZStW 88 (1976), 935 sowie R. Schmitt, in: Festschrift für Jescheck, S. 224.

³¹ Vgl. nur Schroeder, in: Festschrift für Bockelmann, S. 789; Sommer, Das „mildeste Gesetz“, S. 50 ff.; Tiedemann, in: Festschrift für Peters, S. 195; ders./Dannecker, Die gesetzliche Milderung, S. 18; aus der Rechtsprechung vgl. insbes. BayObLGSt 1983, 117.

³² Zur Verfassungskonkretisierung durch völkerrechtlich garantierte Menschenrechte Sommermann, AöR 1989, 391 ff.

³³ BGBl. 1953 I, S. 735.

³⁴ So insbesondere Binding, Handbuch, S. 85 f.; vgl. auch Jakobs, Strafrecht, Kap. 4/71, 6/88.

³⁵ Näher dazu Mazurek, JZ 1976, 235 ff.

zesänderung entzogener sog. Regelungseffekte usw. In diesem Bereich wirkt noch immer die von Binding vorgenommene Trennung von Verhaltensnorm, gesetzlicher Umschreibung der Verletzung dieser Norm und Strafan drohung nach. Hierbei ist nach wie vor ungelöst, ob es sich bei der außerstrafrechtlichen Verhaltensnorm mit ihrer Inbezugnahme durch das Strafgesetz um eine Rechtsnorm – so insbesondere das Bundesverfassungsgericht³⁶ – oder – so Binding – um zwei Rechtsnormen handelt, bei der die Verhaltensnorm primär, die Strafnorm sekundär, also unselbständig ist.

4. Neben diesen Einzelfragen sind bereits die *Grundstrukturen des intertemporalen Strafrechts* nicht abschließend geklärt, wie die Diskussion um den Regelungsmechanismus des § 2 StGB belegt: Während die herrschende Meinung noch immer von der grundsätzlichen Anwendung des Tatzeitrechts ausgeht³⁷, plädiert eine neuere Ansicht in der Literatur für die Anwendung des zum Urteilszeitpunkt geltenden Rechts, welches als allein geltendes zur Verhängung von Strafe ermächtigt³⁸. Wie problematisch es ist, das Rückwirkungsverbot oder das Milderungsgebot unbesehen und losgelöst von den rechts- und staatstheoretischen Grundlagen der Rechtsänderung anzuwenden, belegt die Parteispenden-Entscheidung des Bundesgerichtshofes³⁹, in welcher nicht erörtert wird, daß nach dem allgemein anerkannten Grundsatz „*lex posterior derogat legi priori*“ im Falle einer Gesetzesänderung nur noch das neue Gesetz, die *lex posterior*, in Geltung ist. Obwohl der Gesetzgeber das durch den Steuerhinterziehungstatbestand in Bezug genommene „Körperschaftsteuergesetz ... wie folgt geändert“ hatte, stellte der Bundesgerichtshof hier fest, das Körperschaftsteuergesetz sei „gleichgeblieben“ und fülle „in der Gestalt, die es damals hatte, nach wie vor die Blankettvorschrift des § 370 AO aus. Die Neufassung des Körperschaftsteuergesetzes ist erstmals für den am 1. Januar 1984 beginnenden Veranlagungszeitraum anzuwenden.“ Bereits diese Ausführungen zeigen, daß der Bundesgerichtshof nicht zwischen Rechtsgeltung und Rechtsanwendung unterscheidet. Die Frage bleibt ungestellt, ob außer dem Strafgesetz im engeren Sinne auch ein in Bezug genommenes Gesetz zur Zeit der gerichtlichen Entscheidung noch gelten muß, d.h. nicht außer Kraft getreten sein darf.

Die Notwendigkeit, die intertemporalen Regeln des Strafrechts in einen Gesamtzusammenhang zu stellen und auf der Grundlage der rechts- und staatstheoretischen Fundierung zu erörtern, belegt weiterhin eine neuere

³⁶ BVerfGE 48, 55; vgl. auch BGHSt 31, 289.

³⁷ Vgl. nur Schönke/Schröder/Eser, § 2 Rdn. 2 mit weit. Nachw.

³⁸ Jakobs, Strafrecht, Kap. 4/49 f.; Tiedemann, in: Festschrift für Peters, S. 195; ders./Dannecker, Die gesetzliche Milderung, S. 13 ff. mit weit. Nachw.

³⁹ BGHSt 34, 272 ff.

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungsrechtlich gebotenen Berücksichtigung *milderer Zwischengesetze*⁴⁰: Ein Strafgericht hatte die Täter zu einer Geldbuße verurteilt, obwohl die Ahndbarkeit zwischen der Tatzeit und der Verurteilung für mehrere Wochen infolge eines gesetzgeberischen Versehens – eine blankettausfüllende EG-Verordnung war zunächst aufgehoben und sechs Wochen später wieder in Kraft gesetzt worden – entfallen war. Das Bundesverfassungsgericht mußte sich daher im Zusammenhang mit dem Milderungsgebot mit der Frage auseinandersetzen, ob Art. 103 Abs. 2 GG verbietet, daß ein zunächst strafbares Verhalten im Falle einer zwischenzeitlich eingetretenen Strafflosigkeit erneut unter Straf- bzw. Bußgeldandrohung gestellt werden kann.

Schließlich wird das Zusammenwirken von Gesetzesvorbehalt, Rückwirkungsverbot und Milderungsgebot in der Diskussion um die Anforderungen an die *Unrechtskontinuität* bei der Frage relevant, unter welchen Bedingungen im Falle einer gesetzlichen Milderung eine Bestrafung nach dem neuen Gesetz möglich ist, wenn dessen Unrechtsgehalt von demjenigen der vorausgehenden Regelung abweicht. Die Rechtsprechung stellt insgesamt geringe Anforderungen an die Unrechtskontinuität. Sie soll auch dann vorliegen, wenn das Grunddelikt, das den Unrechtskern ausmacht, gleichbleibt und eine Qualifikation durch eine andere ersetzt wird⁴¹. In der Literatur wird diese restriktive Auslegung des Art. 103 Abs. 2 GG einhellig kritisiert und zumindest die Vorhersehbarkeit der Änderung als Grenze gefordert⁴². Teilweise wird sogar aus Art. 103 Abs. 2 GG hergeleitet, daß das Gesetz lediglich dann identisch bleibe, wenn die Strafbarkeit nur erweitert werde, also mindestens eine der bisherigen Bestrafungsvoraussetzungen generalisiert oder eine Strafbarkeitsausnahme spezialisiert werde; hingegen führe der Austausch strafbarkeitskonstituierender Merkmale stets zur Annahme eines nicht mehr identischen Gesetzes⁴³. Die fortbestehende Strafbarkeit bestimmt sich also auch im Falle einer Gesetzesmilderung nach den Anforderungen des verfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbots.

Rechtsänderungen im Strafrecht können schließlich die im Schrifttum weitgehend vernachlässigte Frage nach Zulässigkeit, Grenzen und Auswirkungen der *authentischen Interpretation* durch den Gesetzgeber aufwerfen⁴⁴. Als durch das Zweite Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität Scheck- und Kreditkartenbetrug in einem einheitlichen Straftatbestand

⁴⁰ BVerfGE 81, 132 ff.

⁴¹ BGHSt 26, 168 ff., 173 mit krit. Anm. Tiedemann, JZ 1975, 692 ff.

⁴² Vgl. nur Mohrbotter, ZStW 88 (1976), 937; Tiedemann, JZ 1975, 693.

⁴³ Vgl. nur Jakobs, Strafrecht, Kap. 4/74 f.

⁴⁴ Umfassend dazu Droste-Lehnen, Die authentische Interpretation, S. 298 ff.

(§ 266 b StGB) zusammengefaßt wurden, weil die Rechtsprechung lediglich den Scheckkartenbetrug unter § 263 StGB subsumiert hatte, stellte sich die Frage, ob durch die neue Regelung zum Ausdruck gebracht wird, daß die bisherige Beurteilung des Scheckkartenmißbrauchs als Betrug nunmehr durch den Gesetzgeber für unzutreffend erklärt wurde, woraus die Strafflosigkeit der Altaten folgen müßte⁴⁵.

Während bezüglich der bislang angesprochenen Problembereiche in der Literatur eine Tendenz zu einer extensiven Anwendung des Art. 103 Abs. 2 GG festzustellen ist⁴⁶, bestanden insbesondere in der Nachkriegszeit Bestrebungen, das Rückwirkungsverbot unter dem Gesichtspunkt des natürlichen Verbrechens einzuschränken⁴⁷. Man löste das Spannungsverhältnis zwischen *Rechtssicherheit und materieller Gerechtigkeit* in Fällen, in welchen eine strikte Anwendung der intertemporalen Strafrechtsregeln zu dem Gerechtigkeitsempfinden eindeutig zuwiderlaufenden Entscheidungen geführt hätte, zugunsten der materiellen Gerechtigkeit, um die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen zu ermöglichen. So stützte das Bundesverfassungsgericht seine bekannte Entscheidung⁴⁸, den verfassungsrechtlichen Grundsatz des Art. 103 Abs. 2 GG auf Verjährungsverlängerungen nicht anzuwenden, auf die strafrechtsdogmatische Differenzierung zwischen Strafbarkeit und Verfolgbarkeit, obwohl bereits im 19. Jahrhundert die Relevanz dieser einfachrechtlichen Differenzierung für das Verfassungsrecht in Frage gestellt worden war. Inzwischen wird die einfachrechtliche Abgrenzung zwischen materiellem Strafrecht und Strafprozeßrecht zugunsten einer funktionalen Sicht in Frage gestellt⁴⁹ und eine Ausweitung des Anwendungsbereichs in das Verfahrensrecht hinein gefordert⁵⁰. Diese Kontroverse belegt zugleich, wie unsicher die Beurteilung der historischen Entwicklung und ihrer Bedeutung für die Gegenwart ist: Während Schreiber auf der Grundlage seiner ideengeschichtlichen Untersuchung eine extensive Anwendung des Rückwirkungsverbots befürwortet und insbesondere Prozeßvoraussetzungen und Beweisvorschriften in den Anwendungsbereich des Art. 103 Abs. 2 GG einbeziehen möchte, stützen Krey und vor allem Pföhler, der eine materialreiche dogmengeschichtliche Untersuchung – allerdings nur bis zum Inkrafttreten der Reichsstrafprozeßordnung im Jahre 1877 – zur Klärung dieser Frage durchgeführt hat, ihre insoweit

⁴⁵ Vgl. dazu nur Schönke/Schröder/Lenckner, § 266 b Rdn. 16 mit weit. Nachw.

⁴⁶ Vgl. den Überblick bei Krey, Keine Strafe ohne Gesetz, Rdn. 110.

⁴⁷ Scheuner, in: Tomuschat (Hrsg.), Schriften zum Völkerrecht, S. 148 f. mit weit. Nachw.

⁴⁸ BVerfGE 25, 269 ff.

⁴⁹ Grundlegend H. Kaufmann, Strafanspruch – Strafklagrecht, S. 133 ff.; Volk, Prozeßvoraussetzungen im Strafrecht, S. 54 ff.

⁵⁰ Vgl. nur Jakobs, Strafrecht, Kap. 4/9.

ablehnende Haltung ebenfalls auf die historische Entwicklung, da Art. 103 Abs. 2 GG nur auf die Strafe und die Strafbarkeitsvoraussetzungen, nicht hingegen auf Vorschriften, welche wie die Verjährungs- und Strafantragsregelungen die Verfolgbarkeit betreffen, anwendbar sei.

5. Dieser Überblick zeigt die Problemfülle, die mit der rechtlichen Regelung der zeitlichen Dimension im Strafrecht verbunden ist. Das intertemporale Strafrecht wirft die Frage nach dem Verhältnis von Rechtsgeltung und Rechtsanwendung auf⁵¹ und führt in rechtstheoretische und staatsrechtliche Fragen nach Geltung⁵², Gültigkeit und Wirksamkeit von Gesetzen⁵³, nach Geltungsbeginn und Geltungsdauer als wichtigem Gleichheitsfaktor, nach Zulässigkeit und Grenzen der Rückwirkung neuer Gesetze auf bereits vorliegende Sachverhalte⁵⁴ und nach dem Spannungsverhältnis von Rechtssicherheit und materieller Gerechtigkeit⁵⁵, die sich auch hinter verfassungsdogmatischen Figuren wie dem Vertrauensschutz als einem Problem der Zeitgerechtigkeit verbergen⁵⁶. Letztlich bestimmen die Regeln des intertemporalen Strafrechts, wie schnell gesetzgeberische Vorstellungen im Strafrecht zu Lasten des Bürgers umgesetzt werden dürfen bzw. bei Milderungen zu Gunsten des Bürgers umgesetzt werden müssen.

Diese Regeln weisen eine sehr viel größere Stabilität und Dauer auf als das Strafrecht selbst und hängen eng mit der Entwicklung des Verfassungs- und Rechtsstaates westlicher Prägung zusammen, der durch die Menschenwürde als Prämisse, durch Volkssouveränität und Gewaltenteilung und durch die Anerkennung von Grundrechten gekennzeichnet ist. Jedoch erscheint auch die Verfassung, die lange Zeit als Prototyp einer ungeschichtlichen, entwicklungsfeindlichen Ordnung erschien⁵⁷, heute nicht mehr als Ausdruck zeitloser Vernunft wie in der Aufklärung bis zum Ende der konstitutionellen Monarchie in Deutschland, wenngleich Art. 79 Abs. 3 GG

⁵¹ Näher dazu G. Müller, *Rechtssetzung*, S. 16 ff., 54 ff.; Rhinow, *Rechtsetzung und Methodik*, S. 195 ff., je mit weit. Nachw.

⁵² Zur Notwendigkeit, den Begriff der Geltung in den Begriff des Rechts einzubeziehen, Dreier, *Rechtstheorie* 18 (1987), 374 f.

⁵³ Grundlegend dazu R. Schreiber, *Die Geltung von Rechtsnormen*, S. 58 ff.; Hofmann, *Legitimität und Rechtsgeltung*, S. 53 ff.

⁵⁴ Pieroth, *Rückwirkung und Übergangsrecht*, S. 25 ff., der zu dem Ergebnis kommt, daß ein einheitlicher Begriff der Rückwirkung nicht möglich ist.

⁵⁵ Vgl. nur Engisch, *Einführung in das juristische Denken*, S. 166 ff.; Henkel, *Einführung in die Rechtsphilosophie*, S. 445 ff.; Radbruch, *Vorschule der Rechtsphilosophie*, S. 23 ff.

⁵⁶ Vgl. BVerfGE 49, 137 zur Unausweichlichkeit einer gewissen Rechtsunsicherheit in dynamischen Rechtsbereichen, in denen der Gesetzgeber ansonsten gezwungen wäre, unpraktikable Regelungen zu treffen oder von einer Regelung gänzlich Abstand zu nehmen, was letztlich „beides zu Lasten des Grundrechtsschutzes ginge“.

⁵⁷ Dietze, *Bedeutungswandel der Menschenrechte*, S. 7 ff.

die Dauer im Grundgesetz sogar im Sinne eines „Ewigkeitsanspruchs“ festlegt. Von dieser Garantie wird auch Art. 103 Abs. 2 GG zumindest in einem Kernbereich, der nicht hinter den Gewährleistungen der Menschenrechtskonventionen zurückbleiben darf, erfaßt.

Trotz allgemeiner Anerkennung des Rückwirkungsverbots und des Milderungsgrundsatzes handelt es sich bei beiden Rechtssätzen nicht um solche von übergeschichtlicher Allgemeingültigkeit. Sie gelten nur unter der Voraussetzung, daß das Strafrecht kodifiziert ist und echte Tatbestände kennt und sind dadurch von dem jeweiligen Stand der Kodifizierungen abhängig und verändern ihren Anwendungsbereich, wie insbesondere die Kontroverse um die Geltung von Art. 103 Abs. 2 GG für den keineswegs durchgängig kodifizierten Allgemeinen Teil des Strafrechts zeigt⁵⁸. Die intertemporalen Regeln bedürfen aber auch der Konkretisierung in Bezug auf den Besonderen Teil des Strafrechts, der sich in einem zunehmend verwaltenden und planenden, auf Vorsorge und Güterverteilung ausgerichteten modernen Staat von demjenigen der Aufklärung erheblich unterscheidet und eigene Rechtsfragen aufwirft. Dadurch erlangen die heutigen Vorstellungen über den Rechtsgüterschutz und die Diskussion über die Strafzwecke ebenso Bedeutung für die intertemporalen Regeln wie die Bestrebungen, die strikte Trennung zwischen materiellem Strafrecht und Strafprozeßrecht zu durchbrechen. Die Ergänzungen des Straftatsystems um Prozeßhindernisse wie das Erfordernis eines Strafantrages oder die Einführung der Einstellung des Verfahrens in Bagatellfällen, d. h. die Einführung prozessualer Möglichkeiten für im materiellen Recht nicht gelöste Problemfälle, bei denen die Grenze der Strafwürdigkeit nicht erreicht ist, wirft die Frage auf, ob diese neuen Normen im Grenzbereich zwischen materiellem und Verfahrensrecht den Regeln des intertemporalen Strafrechts unterliegen. – Als weitere strafrechtliche Entwicklungen, die für die intertemporalen Regeln zu kontroversen Diskussionen geführt haben, sind jedenfalls stichwortartig zu nennen: die Bestrebungen, Strafen durch Maßregeln der Besserung und Sicherung zu ersetzen⁵⁹, und die Verlagerung der Tatbestandsbestimmtheit, die nach Art. 103 Abs. 2 GG durch das Gesetz gewährleistet werden soll, hin zu einer gefestigten Rechtsprechung⁶⁰. Die Ausgestaltung des gegenwärtigen Strafrechts wird schließlich durch den formellen Gesetzesbegriff des Grundgesetzes geprägt, der auf die Allgemeinheit und Dauerhaftigkeit gesetzlicher Regelungen als inhaltliche Kri-

⁵⁸ Vgl. dazu R. Schmitt, in: Festschrift für Jescheck, S. 223 ff.

⁵⁹ Zur Entwicklung des Sanktionensystems Jescheck, Strafrecht, S. 74 ff. mit weit. Nachw.

⁶⁰ Kritisch dazu Krahl, Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, S. 343 f.; Schünemann, Nulla poena sine lege, S. 32 f.; Schroeder, JZ 1969, 778 ff.

Stichwortverzeichnis

- Absolutismus 56 f., 97 ff.
- aufgeklärter (Kodifikationen in Österreich und Preußen) 97 ff.
- landesfürstlicher (Kodifikationen) 56 f.
- (s. Josephina) 97
- (s. Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten von 1794 [ALR.]) 99 ff.
- Akte, konstitutive 468 ff.
- der Verwaltungsbehörden und Gerichte 468 ff.
- Akzessorietät, indirekte 467 f.
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Generalversammlung der Vereinten Nationen 180 f.
- Allgemeiner Teil 274 ff.
- Geltung der einzelnen Ausprägungen des Art. 103 Abs. 2 GG 275
- rechtstheoretisches Verhältnis zum Besonderen Teil 275
- Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten von 1794 (ALR) 99 ff.
- Milderungsgebot 102 f.
- Rückwirkungsverbot 99 ff.
- Allgemeinheit des Gesetzes 117, 123 f., 453
- Änderungen, technische (s. Gesetzesänderungen) 474
- Änderungen, zu berücksichtigende (s. Rechtserkenntnis, verbesernde) 415 ff., 489 f., 537
- Analogieverbot 254, 278 f.
- Anwendungsbereich eines Gesetzes, zeitlicher 198 ff., 202, 207 f.
- rechtssatzmäßige Darstellung 208
- Art. 315 EGStGB 240 ff., 246, 284 ff., 450 ff.
- Behandlung von Alttaten 450 ff.
- Modifizierung der allgemeinen Grundsätze aus § 2 Abs. 3 StGB 450 f.
- Vereinbarkeit von Art. 315 Abs. 4 EGStGB mit Art. 103 Abs. 2 GG 284 ff.
- Art. 315 a EGStGB 335, 451 f.
- Aufhebung der Strafbarkeit als Milderung 423
- Aufklärung 63 ff.
- Auflagen 284, 342 ff.
- Einstellung des Verfahrens 342 ff.
- Bagatelldelikte 225, 348
- Bagatellprinzip 323, 343, 345
- Bayerisches Polizeistrafgesetzbuch 143
- Bayerisches Strafgesetzbuch von 1813 119 ff.
- Beamteneigenschaft 166, 171
- Beccaria 84 ff.
- Bedeutung für das Rückwirkungsverbot 89 f.
- Begründung des Milderungsgebots 89 f.
- strafrechtliche Fundierung des Grundsatzes „nulla poena sine lege“ 85 ff.
- Beendigung der Handlung 393 ff.
- bei Dauerdelikten 395
- bei Zustandsdelikten 394
- Begünstigung, rückwirkende 204 ff., 244
- Besonderer Teil (s. Allgemeiner Teil) 275
- Bestandsschutz 482 ff.
- außerstrafrechtlicher 482 ff.

- Grenzziehung zu richtigem Recht im außerstrafrechtlichen Bereich 482 ff.
- Bestimmtheitsgrundsatz (s. Tatbestandsbestimmtheit) 222, 254 ff., 378 f., 384 ff., 391, 490 f.
- Bestimmungsnorm, strafrechtliche 202 f., 257 ff.
- rechtsstaatliche Anforderungen 257 ff.
- Beweislastregeln 358 f.
- Beweisrecht 353 ff.
- Beweisverbote 356 f.
- Einschränkung durch gesetzliche Regelungen 356 f.
- Beweisvermutungen 358 f., 362 f.
- Bewertung der Tat 253 ff., 322 f., 337 f., 347 f.
- (s. Umbewertung der Tat) 253 ff., 322 f., 337 f., 347 f.
- Bewertungsänderung, gesetzgeberische (s. Gerechtigkeit, materielle) 447 f., 534
- Bewertungsnorm, strafrechtliche 200, 202, 255 ff.
- rechtsstaatliche Anforderungen 255 ff.
- bill of attainder 82 f.
- Billigkeit 380
- Binding 153 ff., 166 ff.
- Anerkennung des Milderungsgebots 166 ff.
- Kritik am Rückwirkungsverbot 153 ff.
- Blankettstrafgesetze 95 f., 109, 168 ff., 417 f., 463 ff., 474 ff., 492 ff., 535, 537 f.
- Abgrenzung zu normativen Tatbestandsmerkmalen 474 ff.
- Änderung blankettausfüllender Normen 463 ff.
- Bestimmung des Inhalts 476
- EG-Verordnungen als blankettausfüllende Normen 464 f.
- Entwicklung in Frankreich 95 f., 109
- (s. Milderungsgebot) 492 ff., 537 f.
- unechte Blankettverweisung 464 f.
- Zulässigkeit von Übergangsregelungen für blankettausfüllende Vorschriften 417 f., 535
- Zusammenlesen von verweisendem und ausfüllendem Gesetz 476 f.
- Buchführungspflicht, Änderung der 165, 171, 494
- Bürger, Verhältnis zur Strafgewalt 154
- Bundesverfassungsgericht 196 f.
- Rechtsprechung zum Rückwirkungsverbot des Art. 103 Abs. 2 GG 254 f.
- Verwerfungsmonopol 196 f.
- Code Pénal 93 ff., 96
- Milderungsgebot 96
- Rückwirkungsverbot 93 ff.
- Codex Juris Bavarici Criminalis 57 f.
- Constitutio Criminalis Carolinae (CCC) 45 ff., 51 ff.
- Einführung 45 ff.
- Wiederauflösung der darin enthaltenen Gesetzesbindung 51 ff.
- Constitutio Criminalis Theresiana 58
- Crimen extraordinaria 52
- Darstellung, rechtssatzmäßige des zeitlichen Anwendungsbereichs von Gesetzen 208
- Dauerdelikt 395
- DDR-Strafrecht 235 ff., 246, 524 f.
- Entwicklung der Rechtsanpassung 236 ff.
- Fortgeltung 239
- Regelungen der Rechtsanwendung im vereinigten Deutschland 235 ff.
- (s. Einigungsvertrag) 237 f.
- Sanktionen S. 524 f.
- Umweltstrafrecht 241 f.
- Unanwendbarkeit des § 2 StGB bei fortgeltendem DDR-Strafrecht 236 f., 239, 246
- Unrechtskontinuität 242
- DDR-Strafrechtsänderungsgesetz, Sechstes (§ 10 S. 1) 236 f., 407 f., 452 ff., 455
- Verstoß gegen das Milderungsgebot 407 f., 455
- Weiterverfolgung volkswirtschaftsschädlicher Straftaten 452 ff.

- DDR-Straftaten (s. Gesetzlichkeitsprinzip) 516 ff.
- Anwendung bundesdeutscher Straftatbestände 516 ff.
- Demokratieprinzip 212
- Delegation zwischen Primär- und Sekundärnormen 197
- Derogation von Gesetzen 193 ff., 243
- Außer-Kraft-Treten derogierender Normen 196
- Kompetenz des Gesetzgebers 195
- verfassungswidrige Gesetze 196 f.
- Derogationsklausel 193
- Derogationsregel 227 ff.
- § 2 StGB als Durchbrechung? 227 ff.
- Deutschland, vereinigtes 235 ff.
- Regelungen der Rechtsgeltung und Rechtsanwendung 235 ff.
- Disziplinarstrafen 273, 404
- Dynamik des Rechts 17, 189 ff.
- Dynamisierung des Strafrechts 12 f., 463 ff., 536
- durch Anknüpfung an außerstrafrechtliche Regelungen und Standards 463 ff., 536

- Ehrenstrafen 273, 526 ff., 540
- Eidesdelikte 493
- Eigentumssanktionen 310 f.
- Entwicklung 310 f.
- Einheit der Rechtsordnung 194
- Einigungsvertrag 235 ff., 450 ff.
- Rechtsanwendung und Rechtsgeltung 237 ff.
- Vertragsmäßigkeit der Übergangsregelungen 450 ff.
- Einstellung des Verfahrens aus Opportunitätsgründen 338 ff., 362
- als „Strafe“ i.S.d. Art. 103 Abs. 2 GG 340
- (s. Rückwirkungsverbot) 338 f.
- Einstellung nach Erfüllung von Aufgaben und Weisungen (§ 153 a StPO) 342 ff.
- Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 StPO) 341, 347 f.
- als „strafrechtliche Sanktion“ 341
- (s. Umbewertung der Tat) 347 f.
- Einzelfallgesetz 453 f.
- Unzulässigkeit (Art. 19 Abs. 1 GG) 453 f.
- Einzelgesetz 174 f.
- Einziehung 310 ff.
- Rechtsnatur 312
- Entschuldigungsgründe 279
- Ermächtigungsgrundlage 197 f., 209 ff., 222 ff., 478 ff.
- Anforderungen an eine gültige (wirksame) im Strafrecht 224 ff., 478 ff.
- Aufhebung 197 f.
- Notwendigkeit einer gültigen im Strafrecht 209 ff.
- (s. Strafgesetze) 224
- Unabhängigkeit der Gesetze und Verordnungen 197 f.
- Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) 179, 184
- Art. 7 EMRK 179
- Verhältnis zu Art. 103 Abs. 2 GG 184

- Fahrlässigkeit 467 f.
- Feuerbach 112 ff.
- Anforderungen an Gesetzesbegriff und Bestimmtheit der Strafbarkeit 117
- Ausgliederung des Polizeirechts aus dem Kriminalstrafrecht 117 f.
- Rechtspflicht zur Duldung der Strafe 113 f.
- staatsrechtliche Wurzel des Rückwirkungsverbots 117
- strafrechtliche Begründung des Rückwirkungsverbots 112 ff.
- Theorie vom psychologischen Zwang 112 f.
- Fortgesetzte Handlung 398 f.
- Fragmentarischer Charakter des Strafrechts 414
- Freiheitsidee 71 ff., 76 ff., 80 f., 87 f., 98, 108
- als Grundlage des Rückwirkungsverbots 87 f.
- bei Locke 77 ff.
- bei Montesquieu 80 f.
- bei Pufendorf 71
- bei Wolff, Christian 73 f.

- in der Josephina von 1787 98
- Verbindung mit der Idee des Gesetzesstaates 76 ff.
- Freiheitsstrafe 529
- Verhältnis zu Geldstrafen 529
- Funktionsvergleich zwischen Gesetzgebung und Rechtsprechung 388 ff.
- Geläuterte Rechtsauffassung 165 ff., 413, 435 ff., 441
- Geldbuße 273, 404, 528 f.
- (s. Ordnungswidrigkeiten) 404, 528 f.
- Geldfälschung 170, 472, 489
- Geldstrafe 529
- Verhältnis zur Freiheitsstrafe 529
- Geltung des Gesetzes 191 ff., 204 f., 208, 227, 230, 235 ff.
- (s. Rechtsgeltung) 191 ff., 208, 230, 235 ff.
- zeitliche 227
- Gemeines Strafrecht 51 f.
- Generalprävention 265 ff., 411, 415, 418, 449, 534
- Gerechtigkeit, austeilende (s. Milderungsgebot) 411 ff.
- iustitia distributiva 411 ff.
- Gerechtigkeit, materielle 267 ff., 330 ff., 413, 419 ff., 447 f.
- Berücksichtigung gesetzgeberischer Bewertungsänderungen als Gebot der 413, 447 f.
- Konkretisierungsbedürftigkeit durch den Gesetzgeber 419 ff.
- (s. Verbrechen, nationalsozialistische) 267 ff.
- (s. Verjährungsverlängerung) 330 ff.
- Gerechtigkeit, verhältnismäßige (s. Milderungsgebot) 409 ff.
- Gerichtsurteil, konstitutives 470 f., 479, 536
- Gesellschaftsvertrag 76, 89
- und Recht zu strafen 89
- und Rückwirkungsverbot 76
- Gesetz 33 f., 59 ff., 74 f., 192 ff., 446, 450, 453, 492, 525
- ad hoc-Gesetz 450
- als Explikation von Recht 60 f.
- fehlende Bindung des Herrschers 61 f.
- Grundsatz strikter Alternativität 525
- inhaltliche Anforderungen 74 f.
- (s. Gewohnheitsrecht, Aufzeichnung von) 59 f.
- (s. Derogation) 193 ff.
- (s. Geltung, Inkrafttreten, Verkündung) 192 f.
- (s. Gesetzesbefehl) 33 f., 60
- (s. Maßnahmegesetz) 446, 453, 492
- Gesetz, außer Kraft getretenes 196, 207, 403 ff., 420 ff., 434 ff., 441 ff., 533 ff.
- Anwendbarkeit 207
- (s. Derogation von Gesetzen) 196
- (s. Zeitgesetze) 420 ff., 434 ff., 441 ff., 533 ff.
- und Milderungsgebot 403 ff.
- Gesetz, bewertungsänderndes 498 ff.
- mildernde Berücksichtigung 498 ff.
- Gesetz, mildestes 501 ff.
- Bestimmung 501 ff.
- Gesetz, neues 204 ff.
- zeitliche Erstreckung auf vergangene Sachverhalte 204 ff.
- Gesetz, positives 74 f.
- Gesetz, staatliches (s. Montesquieu) 80
- Gesetz, strafbegründendes 32 ff., 39 ff.
- Gesetz, verweisendes und ausfüllendes (s. Blankettstrafgesetze) 476
- Gesetz und Recht 58 ff.
- Einfluß des Verhältnisses auf das Rückwirkungsverbot und das Milderungsgebot 58 ff.
- Gesetzesänderung 211 ff., 398 ff., 474
- Ausschluß rein technischer Änderungen 474
- Erheblichkeit, grundsätzliche 474
- nachträgliche 211 ff.
- während der Begehung einer fortgesetzten Handlung, 398 ff.
- Gesetzesalternativität, Grundsatz der 226, 525 f., 540
- Gesetzesbefehl 33 f., 60

- Gesetzesbegriff 48, 64 ff., 74 ff., 117, 139 f., 148, 373, 461 ff., 532
 – der Aufklärung 64 ff., 74 ff.
 – der Constitutio Criminalis Carolinae 48
 – des § 2 Abs. 3 StGB 461 ff., 532
 – frühkonstitutioneller 139
 – materielle Anforderungen 117
 – spätkonstitutioneller 140
 Gesetzesbindung 34 f., 51 ff., 449
 – Fehlen in der römischen Kaiserzeit 34 f.
 – formelle 449
 – Wiederauflösung im gemeinen Strafrecht 51 ff.
 Gesetzesvorbehalt 204 ff., 207 ff., 222 ff., 385 f., 482 ff., 537
 – Art. 103 Abs. 2 GG als Konkretisierung des allgemeinen Gesetzesvorbehalts 222 ff.
 – bei rechtsnormativen Tatbestandsmerkmalen 482 ff.
 – Bestimmung des zeitlichen Anwendungsbereichs 207 ff.
 – Verstoß gegen die rechtsstaatliche Gesetzesgeltung 204 ff.
 Gesetzgeber 172 f., 232, 388 ff., 413 ff., 484 ff.
 – Bindung an verfassungsrechtlich vorgegebene Kriterien 413 ff.
 – Fehlende Bindung im Nationalsozialismus 172 f.
 – (s. Funktionsvergleich zwischen Gesetzgebung und Rechtsprechung) 388 ff.
 – (s. Primat der gesetzlichen Neuregelung) 232
 – (s. Zugriffsrecht des Gesetzgebers) 484 ff.
 Gesetzlichkeitsprinzip 97, 146 ff., 387 ff., 513 ff., 516 ff.
 – Anforderungen an die Anwendung bundesdeutscher Strafgesetze auf DDR-Straftaten 516 ff.
 – Josephina von 1787 97
 – (s. Gesetzlichkeitsprinzip) 387 ff., 513 ff., 516 ff.
 – (s. Verschuldensgrundsatz) 513 ff.
 – territorialstaatliche Kodifikationen des Polizeistrafrechts 146 ff.
 Gewaltenteilung 77 ff., 137 f., 210, 256, 383, 522
 – (s. Interpretation, authentische des Gesetzgebers) 522
 – und Polizeistrafrecht 137 f.
 Gewohnheitsrecht 58 ff., 192
 – Aufzeichnung von 59 f.
 Gleichbehandlung, Gebot der 204, 415 ff., 422 f., 433
 – bei mildereren Zwischengesetzen 433
 – Rechtskraft als formale Grenzziehung für die Nichtberücksichtigung gesetzlicher Milderungen 422 f.
 – (s. Rechtserkenntnis, verbessernde) 204, 415 ff.
 Globig v./Huster 105 ff.
 – Stellungnahme zum Milderungsgebot 105 ff.
 Grotius 64 ff.
 Hälschner 155
 Haftgründe (s. Untersuchungshaft) 348 ff.
 Handlung 393 ff., 398
 – fortgesetzte 398
 – (s. Beendigung der Handlung) 393 ff.
 Hauptstrafe (s. Strafe) 524 f.
 Hobbes 66 ff.
 Hoheitsakte 209 ff., 244 f., 479, 483
 – deklaratorische 211, 244
 – konstitutive 211, 244 f., 479, 483
 Individualrechtsschutz (s. Rückwirkungsverbot) 202 f.
 in dubio pro libertate 224, 427
 Inkrafttreten des Gesetzes 192
 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) 180 f.
 – Art. 15 Abs. 1 181
 Interpretation, authentische des Gesetzgebers 521 f., 539
 ius puniendi 414
 Jahressteuergesetz 443
 Josephina (Allgemeines Gesetzbuch über Verbrechen und derselben Bestrafung) von 1787 97 f.
 Jugendstrafen 281

- Justizgrundrecht 252
 Justizsyllogismus 376
 Kaiserzeit, römische 32 ff., 36
 – Fehlen des Milderungsgebots 35 f.
 – Rückwirkende Strafschärfungen 35
 – Rückwirkungsverbot 33 ff., 36
 Kodifikationen 56 f., 97 ff., 109 f.,
 137 ff.
 – des aufgeklärten
 Absolutismus 97 ff., 109 f.
 – territorialstaatliche (s.
 Polizeistrafrecht) 141 ff., 144 f.
 Kommentatoren (s. Literatur,
 legistische) 38 f.
 Kriminalstrafrecht (s.
 Polizeistrafrecht) 117 f.
- Länder, romanische 43 f.
 Legalitätsprinzip 215
 lex posterior derogat legi priori 38,
 194 f., 202, 207, 226 ff., 230 ff.,
 243, 245, 472, 482, 487
 – Entstehung 38
 – § 2 StGB als Durchbrechung? 227
 – Unabdingbarkeit 232
 lex retro non agit 255
 lex specialis non derogat legi gene-
 rali 194
 Literatur, legistische (der
 Kommentatoren) 38 f.
 Locke 77 ff.
- mala prohibita 280
 Maßnahmegesetz 446, 453, 492
 Maßnahmen gemäß § 11 Abs. 1
 Nr. 8 StGB 281, 289 f., 309 ff.
 Maßnahmen, sonstige 281, 289 f.,
 309 ff., 524 f.
 – des DDR-Rechts 524 f.
 – (s. Maßnahmen gemäß § 11 Abs. 1
 Nr. 8 StGB) 281, 289 f., 309 ff.
 Maßregeln der Besserung und Siche-
 rung 281, 290 ff., 296 ff.
 – Abgrenzung von Strafen nach den
 verfolgten Zwecken und
 Zielen 296 ff.
 – als „kriminalrechtliche“ Reakti-
 on? 301
 – Geltung des Rückwirkungs-
 verbots 290 ff.
- Legitimation 298 ff.
 – (s. Sanktionensystem) 291 f.
 – Verfassungsmäßigkeit von § 2 Abs.
 6 StGB 293 f.
 Menschenrecht 177 ff., 408 f.
 – Milderungsgebot als 184 ff., 408
 – Rückwirkungsverbot als 179 ff.
 Menschenwürde (s.
 Rückwirkungsverbot) 260 ff.
 Merkmale, strafbegründende und qua-
 lifizierende 395, 397
 – Änderung strafbegründender 395
 – Einführung qualifizierender 397
 Milderung, gesetzliche 165, 167 f.,
 409 f., 413, 415 ff., 418 f., 420 ff.,
 422 f., 435 ff., 488 f., 532, 534
 – Anerkennung rechtskräftiger Ent-
 scheidungen als formale
 Grenzziehung 422 f.
 – Aufhebung der Strafbarkeit 423
 – Nichtberücksichtigung 422 f.
 – § 2 Abs. 4 StGB als Formalisierung
 der Grenze des
 Milderungsgebots 420 ff.
 – (s. Rechtsanschauung, Wandel) 165,
 167, 409 f., 413, 415 ff., 418 f.,
 421 f., 435 ff., 488 f., 532, 534
 – (s. tatsächliche Verhältnisse, Wandel)
 165, 167 f., 416 f., 418 f., 421
 Milderungsgebot (lex mitior) 32 ff.,
 58 ff., 63 ff., 89 ff., 111 ff., 130 f.,
 166 ff., 172 ff., 177 ff., 403 ff.,
 407 ff., 409 ff., 411 f., 420 ff.,
 424 f., 429 ff., 434 ff., 450 ff.,
 455 f., 472 f., 474, 476, 478, 492,
 531 ff.
 – Änderungen des Schutzzweckes des
 Tatbestandes 474
 – Anwendbarkeit auf in Bezug ge-
 nommene außerstrafrechtliche
 Regelungen 450 ff.
 – Anwendung auf blankettausfüllende
 Normen 492, 537 f.
 – Anwendung auf rechtsnormative
 Tatbestandsmerkmale 478
 – als Ausprägung verhältnismäßiger
 Gerechtigkeit 409 ff., 531
 – als Bestandteil und Ausprägung des
 Rechtsstaatsprinzips 403 ff., 424 f.,
 434 ff., 455 f., 531

- als Gebot der austeilenden Gerechtigkeit (*iustitia distributiva*) 411 ff.
- bei rechtskräftigen Urteilen 130 f.
- Einschränkung im Nationalsozialismus 172 ff.
- Einschränkungen bei in Bezug genommenen Rechtsnormen 472 ff.
- Einschränkungsversuche in der WRV (§ 2 Abs. 2 StGB) 166 ff.
- Entwicklung im Einflusbereich der Aufklärung 63 ff., 107
- Formalisierung der Grenzen durch § 2 Abs. 4 StGB 420 ff.
- Fundierung 409 ff.
- gesetzliche Normierung in Nordamerika und Frankreich 91 ff.
- Kodifizierung im 19. Jahrhundert 111 ff.
- Konkretisierung durch Sonderregelungen für außer Kraft getretene Gesetze 434 ff.
- (s. Beccaria, Montesquieu) 89 f.
- (s. Gesetz) 58 ff.
- (s. Völkerrecht) 424 ff.
- Verfassungsrang 407 ff.
- Verfassungsrang bei mildereren Zwischengesetzen 429 ff.
- Vorgeschichte/Entwicklung bis zur Aufklärung 32 ff.
- Wiedereinführung nach dem Zweiten Weltkrieg 177 ff.
- Zulässigkeit ausdrücklicher gesetzlicher Einschränkungen 450 ff.
- Mildestes Gesetz 226, 502 ff., 521 ff., 526 ff., 538, 540
- Bestimmung der mildesten Rechtsfolge 523 ff.
- Erweiterung der Sanktionsmöglichkeiten 526 ff.
- Grundsatz strikter Alternativität des Gesetzes (s. Gesetzesalternativität) 226, 525 f., 540
- Rangordnung zwischen Haupt-, Nebenstrafen, Nebenfolgen und sonstigen Maßnahmen 524 f.
- (s. Interpretation, authentische des Gesetzgebers) 521 f.
- Umwandlung von Straftaten in Ordnungswidrigkeiten 528
- Unrechtskontinuität bei Tatbestandsänderungen 502 ff.
- Verhältnis von Freiheits- und Geldstrafen 529 f.
- Mineralölsteuer-Entscheidung 422, 438 f., 471, 476, 533 f.
- Mittelalter, italienisches 37 ff.
- Entstehung der Gesetzgebung 37 f.
- Gesetzesverständnis 38
- Rückwirkungsverbot 39 ff.
- Milderungsgebot 41 ff.
- Montesquieu 80 ff., 90 f.
- Begründung des Milderungsgebots 90 f.
- freiheitskonstituierende Wirkung staatlicher Gesetze 80
- Staatstheorie (Herleitbarkeit des Rückwirkungsverbots) 81 ff.
- Nachtatverhalten und Strafaussetzung zur Bewährung 283 f.
- Nationalsozialismus 172 ff., 267 ff.
- Naturrecht, neuzeitliches 64 ff., 74 f.
- als Schranke der Staatsgewalt 64 ff.
- Hinwendung zum positiven Gesetz 74 f.
- Nebenfolge 524 f.
- Verhältnis zu Haupt- und Nebenstrafen 524 f.
- Nebenstrafe (s. Strafe) 310, 524 f.
- Neubewertung der Tat 253 ff., 322 f., 332 ff., 347 f.
- Verbot nachträglicher 332 ff.
- (s. Umbewertung der Tat) 253 ff., 322 f., 337 f., 347 f.
- Neuzeit, frühe 38 ff.
- Nordamerikanische Verfassungen (s. Milderungsgebot, Rückwirkungsverbot, historische Entwicklung) 91 f., 108 f.
- Bundesverfassung 92
- Maryland 91
- Massachussetts 91
- New Hampshire 91
- Norddeutscher Bund (s. Strafgesetzbuch) 150 ff.
- Norm 153 f., 192, 197 ff., 210, 224 ff., 348 f., 463 ff., 475 ff., 479 ff.
- Änderung blankettausfüllender Normen 463 ff.

- als Maßstab der Bewertung 200
- Bindings Normentheorie 153 f.
- ermächtigende 197 f.
- Erzeugung S. 479 ff.
- Normprogramm (s. Verfassungswandel) 348 f.
- Normsetzung 210
- (s. Primärnorm) 197, 224, 230
- (s. Sekundärnorm) 197, 224 f.
- (s. Rechtsgeltung) 192
- Verhältnis zwischen strafrechtlichen und außerstrafrechtlichen Normen 475 ff.
- zeitlicher Anwendungsbereich als Inhalt 198 ff.
- nulla poena sine lege (s. Beccaria) 85 f.
- nulla poena, nullum crimen sine processu 216 ff.

- Obertribunal, preußisches 147
- Ordnungswidrigkeiten (s. Straftaten) 272 f., 311, 404, 528 f.

- Parteispenden 403 f., 457 f., 471 f., 476,
 - (s. Steuerhinterziehung) 403 f., 457 f., 471 f., 474, 476, 535, 536
- Partikularstaaten, deutsche 121 ff., 137 ff.
 - Durchsetzung des Rückwirkungsverbots und des Milderungsgebots 121 ff.
 - (s. Polizeistrafrecht) 137 ff.
- Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karl V. 46 f.
- Pflaum'scher Entwurf 105 ff.
 - Stellungnahme zum Milderungsgebot 105 ff.
- poena arbitraria 52
- poena ordinaria 52 f.
- Polizeiordnungen 48 f., 50 f., 61
 - Reichspolizeiordnungen 48 f., 61
 - territorialstaatliche 50 f., 61
- Polizeistrafrecht 117 f., 137 ff., 141 ff., 147 f.
 - als Eingriff in Freiheit und Eigentum 137 ff.
 - Ausgliederung aus dem Kriminalstrafrecht 117 f.
- Kodifikationen, gesetzliche in den Partikularstaaten 137 ff.
- Kodifikationen, territorialstaatliche 141 ff.
- Polizeiübertretungen 120, 147 ff.
 - Milderungsgebot im 19. Jahrhundert 147 ff.
- Positivismus 153 ff., 268 ff.
 - Ende des 19. Jahrhunderts 153 ff.
 - (s. Binding) 153 ff.
 - (s. Radbruch-Hart-Kontroverse) 268 ff.
- Präjudizien (s. Strafrichter) 379 ff.
- Primärnorm 197, 224, 230
- Primat der gesetzlichen Neuregelung 232
- Prinzip 3, 206, 409
- Promillegrenze 359 ff., 365 ff.
 - Änderung bei § 316 StGB 359 ff.
 - Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 368
- Proportionalität zwischen Verbrechen und Strafe 88 f.
- Prozeßvoraussetzungen 321 ff.
- Psychologischer Zwang 112
- Pufendorf 69 ff.

- Radbruch-Hart-Kontroverse 268 ff.
- Rangordnung, gesetzliche 524
- Recht, neues 125 ff.
- Recht, richtiges 421, 482 ff.
 - Grenzziehung zum Bestandsschutz im außerstrafrechtlichen Bereich 482 ff.
- Rechtfertigungsgründe 278 ff.
- Rechtsänderungen 462 ff., 495 ff.
 - außerstrafrechtliche 462 ff.
 - bei Verweisungen auf konstitutive Akte der Verwaltung und Gerichte 468 ff.
 - blankettausfüllender Normen 463 ff.
 - Fälle indirekter Akzessorietät 467 f.
 - rechtsnormative Tatbestandsmerkmale 465 ff., 477 f.
 - mittelbare 495 ff.
- Rechtsanpassung 236

- Rechtsanschauung, Wandel 165, 167, 409 f., 413, 415 ff., 418 f., 421 f., 435 ff., 488 f., 532, 534
- und Rechtskraft 413
- Rechtsanwendung 191 ff., 229, 235 ff.
- Unterscheidung zur Rechtsgeltung in § 2 StGB 229
- Rechtsanwendungsregel 226 ff.
- § 2 StGB als gesetzgeberische 226 ff.
- Rechtsbegriffe, unbestimmte 13, 377 f., 382
- Zunahme in positivierten Rechtssätzen 377 f.
- Rechtserkenntnis, verbessernde 204, 415 ff., 488 ff., 537
- Abgrenzungskriterium zwischen zu berücksichtigenden und unbeachtlichen Änderungen 489 f.
 - Berücksichtigung als Gebot der Gleichbehandlung 415 ff.
- Rechtserzwingung 197 f.
- Rechtsfindung, Prozeß der 376 ff., 383
- Stellung der Rechtsprechung 376 ff.
- Rechtsfolgen 201, 304 ff.
- einer Straftat 304 ff.
 - tatbestandliche Rückanknüpfung und Rückbewirkung 201
- Rechtsfolgen, mildeste 523 ff.
- Bestimmung 523 ff.
- Rechtsfragen (s. Tatfragen) 354 ff.
- Rechtsfriede 206
- Rechtsgeltung 191 ff., 208, 230, 235 ff., 258
- Rechtskraft 219 f., 233, 413, 422 f., 470 f., 533
- Durchbrechung bei grundsätzlichem Wandel der Rechtsanschauung 413
- Rechtsslage, alte und neue 501 ff., 509 ff.
- Bestimmung der mildesten 501 ff.
 - Erfordernis der Identität (s. Unrechtskontinuität) 509 f.
 - (s. Verfassungsrecht) 510 ff.
- Rechtsslage, gesamte 473
- günstigere Gestaltung 473
- Rechtsnormative Tatbestandsmerkmale 465 ff., 477 ff., 482 ff., 536 f.
- Abgrenzung zu Blankettgesetzen 477 ff.
 - als durch Recht und Gesetz begründete Tatsachen 477 f.
 - (s. Gesetzesvorbehalt) 482 ff.
 - (s. Milderungsgebot) 478
- Rechtsnormen 207, 471 ff., 479 ff., 484 ff.
- aufgehobene als limitierende Faktoren für jüngere Gesetze 207
 - in Bezug genommene (s. Milderungsgebot) 471 ff.
 - individuelle 479 ff., 484 ff.
 - (s. Zugriffsrecht des Gesetzgebers) 484 ff.
- Rechtsprechung 308 ff., 364 ff., 372 ff., 376 ff., 379 ff., 385 ff.
- Präjudizienbindung 379 ff.
 - (s. Funktionsvergleich zwischen Gesetzgebung und Rechtsprechung) 388 ff.
 - (s. Rechtsprechungsänderung, rückwirkende) 364 ff., 372 ff., 385 ff.
 - (s. Strafrichter) 379 ff.
 - Stellung im Rechtsfindungsprozeß 376 ff.
- Rechtsprechungsänderung, rückwirkende 364 ff., 372 ff., 385 ff.
- Anwendungsfälle 364 ff.
 - Meinungsstand zur Anwendung von Art. 103 Abs. 2 GG 364 f.
 - (s. Rückwirkungsverbot) 385 ff.
 - und Verfassungswandel 372 ff.
- Rechtsprinzip 3, 206, 409
- Rechtssetzungsakte 209 ff., 479 f.
- private 479 f.
- Rechtssicherheit 206, 260 ff., 265 f., 267 ff., 490 f., 537
- Anforderungen 490 f.
 - (s. Verbrechen, nationalsozialistische) 267 ff.
 - Verankerung in der Menschenwürde 260 ff.
 - Verbindung von staats- und strafrechtlicher Fundierung 265 f.

- Rechtsstaatlichkeit 386 ff., 411, 424 ff., 476
- (s. Milderungsgebot) 411, 424 ff., 476
 - Vertrauensschutz und Verlässlichkeit der Rechtsordnung 386 ff.
- Rechtsstaatsprinzip 122 ff., 403 ff., 425 ff., 455 f., 531
- menschenrechtskonforme Auslegung 425 ff.
 - (s. Milderungsgebot) 403 ff., 455 f., 531
 - strafrechtliches Rückwirkungsverbot als Bestandteil 122 ff.
- Rechtsverordnung 198
- Regel (s. Prinzip) 3
- Regelung 48 ff., 461 ff., 473 ff.
- außerstrafrechtliche 461 ff.
 - Ersetzung technischer Regelungen 473, 474 f.
 - polizeistrafrechtliche 48 f.
 - (s. Milderungsgebot) 461 ff.
 - territorialstaatliche 50
- Regelungseffekte, außerstrafrechtliche 472 f., 484 ff., 537
- Regelungsmechanismus des § 2 StGB 227 ff.
- Reichspolizeiordnungen 48 f.
- Republik, römische 32 ff., 36
- Fehlen des Milderungsgebots 35 f.
 - Rückwirkungsverbot 32 ff.
- Revidiertes Landrecht für das Königreich Preußen 56 f.
- Revolutionsverfassungen, französische 93 ff., 109
- (s. Milderungsgebot, Rückwirkungsverbot) 93 ff.
- Richtlinien, technische 468
- Rückanknüpfung, tatbestandliche 201 f.
- Rückbewirkung von Rechtsfolgen 201 f.
- Rückwirkung 199 f.
- echte, unechte 200
 - Verhältnis zum zeitlichen Anwendungsbereich 199
- Rückwirkungsverbot (nullum crimen, nulla poena sine lege) 32 ff., 43 ff., 46 ff., 51 ff., 54 f., 58 ff., 91 ff., 111 ff., 162 ff., 172 ff., 177 ff., 181 f., 184, 202 ff., 222 ff., 244, 249 ff., 251 ff., 260 ff., 272 ff., 284 ff., 289 ff., 317 ff., 338 ff., 364 ff., 385 ff., 395 ff., 432, 533
- als Bestandteil und Ausprägung des Art. 103 Abs. 2 GG 249 ff.
 - als Konkretisierung des allgemeinen Gesetzesvorbehalts 222 ff.
 - als Menschenrecht 179 ff.
 - als Problem des Individualrechtsschutzes 202 ff., 244
 - als Prozeßgrundrecht? 252
 - als Schranke bei der Anwendung des zum Beendigungszeitpunkt geltenden Gesetzes 395 ff.
 - als Verbot nachträglicher Umbewertung 253 ff.
 - Berücksichtigung des mildesten Zwischengesetzes 432, 533
 - Fundierung und wertssystematische Begründung 251 ff.
 - Grundrechtscharakter 252
 - Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 254 ff.
 - (s. Art. 315 EGStGB) 284 ff.
 - (s. Rückwirkungsverbot, Anwendungsbereich) 253 ff., 272 ff., 289 ff., 317 ff., 364 ff., 393 ff.
 - (s. Rückwirkungsverbot, historische Entwicklung) 32 ff., 46 ff., 51 ff., 54 f., 91 ff., 111 ff., 162 ff., 172 ff., 177 ff., 181 f.
 - und Schuldgrundsatz 43 ff.
 - Verankerung in der Menschenwürde 260 ff.
 - Verhältnis zu Art. 7 EMRK 184
 - Völkerrechtliche Grundlagen 179
- Rückwirkungsverbot, Anwendungsbereich 253 ff., 272 ff., 278 ff., 282 ff., 289 ff., 295 ff., 309 ff., 316 ff., 321 ff., 335 ff., 338 ff., 348 ff., 353 ff., 364 ff., 393 ff.
- Beweisvermutungen und Beweislastumregeln 358 f.
 - Einziehung, Verfall und Unbrauchbarmachung 309 ff.

- Gesetzesänderungen zwischen Beginn und Beendigung der Tat 393 ff.
- Kompensation 281
- (s. Allgemeiner Teil) 274 ff.
- (s. Auflagen) 284
- (s. Beweisrecht) 353 ff.
- (s. Einstellung des Verfahrens aus Opportunitätsgründen) 338 ff., 362
- (s. Entschuldigungsgründe) 279
- (s. Jugendstrafen) 281
- (s. Maßnahmen gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 8 StGB) 281, 289 ff.
- (s. Maßregeln der Besserung und Sicherung) 281, 290 ff.
- (s. Ordnungswidrigkeiten) 272 f.
- (s. Prozeßvoraussetzungen) 321 ff.
- (s. Rechtfertigungsgründe) 278 ff.
- (s. Rechtsprechungsänderung) 364 ff.
- (s. Sanktionensystem) 295 ff.
- (s. Strafantragsrecht) 335 ff.
- (s. Strafaussetzung zur Bewährung) 282 ff.
- (s. Strafprozeßrecht) 316 ff.
- (s. Strafrecht i.w.S.) 272 ff.
- (s. Tatfolgen) 279 ff.
- (s. Untersuchungshaft) 348 ff., 362
- (s. Verjährung) 323 ff.
- (s. Versuch) 276
- (s. Verwarnung mit Strafvorbehalt) 282 ff.
- Weisungen 284
- Rückwirkungsverbot, historische Entwicklung 32 ff., 46 ff., 51 ff., 54 f., 91 ff., 111 ff., 162 ff., 172 ff., 177 ff., 181 f.
- Durchbrechung im Nationalsozialismus 172 ff.
- Entwicklung im 19. Jahrhundert unter dem Einfluß Feuerbachs (s. Feuerbach) 111 ff.
- Konstitutionalisierung in Nordamerika und Frankreich 91 ff.
- Römisches Recht 32 ff.
- (s. Constitutio Criminalis Carolinae) 46 ff.
- (s. Gemeines Strafrecht) 51 ff.
- Strafrechtswissenschaft des 17. und 18. Jahrhunderts 54 f.
- verfassungsrechtliche Verankerung im GG und in den Landesverfassungen 181 f.
- verfassungsrechtliche Verankerung in Art. 116 WRV 162 f.
- Vorgeschichte/Entwicklung bis zur Aufklärung 32 ff.
- Wiedereinführung nach dem Zweiten Weltkrieg 177 ff.
- Sanktionsmöglichkeiten, Erweiterung 526 ff.
- Sanktionensystem 290 ff., 295 ff., 304 ff., 524 ff., 539 f.
- der DDR 524 f.
- gegenwärtige Ausgestaltung der Rechtsfolgen einer Straftat 304 ff.
- historische Entwicklung 291 f.
- Rangordnung zwischen Haupt-, Nebenstrafen, Nebenfolgen und sonstigen Maßnahmen 524 ff., 539 f.
- (s. Rückwirkungsverbot) 295 ff.
- Zweispurigkeit 290 ff.
- Schlußvorschriften, außerstrafrechtliche 457 ff., 536
- als strafrechtliche Übergangsregelungen? 457 ff.
- Schuld 43 ff., 258, 261 ff., 273 f., 300, 341 f., 513 ff., 528, 538 f.
- Einstellung des Verfahrens 341 f.
- (s. Vergleich der alten und neuen Rechtslage) 513 ff.
- und Gesetzlichkeitsprinzip 513 ff.
- Schuldgrundsatz 261 ff., 513 ff.
- im Zusammenwirken mit dem Gesetzlichkeitsprinzip 513 ff.
- verfassungsrechtliche Verankerung des Schuldprinzips 261 ff.
- Sekundärnorm 197 f., 224 f.
- Sicherheitsvorschriften 468
- Sonderregelungen (s. Milderungsgebot) 433 ff.
- Spezialprävention 298 ff., 301
- Standards, außerstrafrechtliche 463 ff.
- Steueranspruch, Entstehung 211
- Steuergesetze 403, 443

- Steuerhinterziehung 403 f., 457 f., 471 f., 474, 476, 535 f.
 – (s. Parteispenden) 403 f., 457 f., 471 f., 476
- Steuerpflicht 166
- Steuertarif, Änderung 103, 488
- Strafähnliche Sanktionen 272 f.
- Strafanspruch des Staates 214 ff., 241, 322 f., 518
- Strafantragsrecht 134 f., 151 f., 335 ff.
 – Sonderregelungen 134 f.
 – Zulässigkeit und Grenzen rückwirkender Verschärfung 335 ff.
- Strafaussetzung zur Bewährung 282 ff.
 – Änderung der Voraussetzungen 282 ff.
- Strafbarkeit 117, 254 f.
 – Bestimmtheit 117
 – Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit 254 f.
- Strafbarkeitsbedingung, objektive 318 ff.
- Strafbedürftigkeit 192, 333, 410 f., 415, 418, 449, 484, 486, 536
- Strafe 217 f., 254 ff., 273 f., 296 ff., 304 ff., 348 ff., 524 f., 529 f.
 – Akzeptanz 217 f.
 – gegenwärtige Ausgestaltung der Rechtsfolgen einer Straftat 304 ff.
 – gesetzliche Rangordnung 524
 – Hauptstrafe 524 f.
 – Nebenstrafe 524 f.
 – (s. Maßregeln der Besserung und Sicherung) 296 ff.
 – (s. Untersuchungshaft) 348 ff.
 – Verhältnis von Freiheits- und Geldstrafe 529 f.
 – Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit 254 f.
- Strafe, gerechte 89
 – Bestimmung 89
- Strafensystem 88 f., 281, 289 ff., 296 ff., 309 ff., 524 ff.
 – Abgrenzung zu Maßregeln der Besserung und Sicherung 296 ff.
 – (s. Maßnahmen, sonstige) 281, 289 f., 309 ff., 524 f.
- Strafgesetz 153, 224, 231 ff., 461 ff.
 – als Bestandteil der Ermächtigungsgrundlage 224 f.
 – Begriff in § 2 Abs. 3 StGB 461 ff.
 – Sofortwirkung als Grundlage des § 2 StGB 231 ff.
 – und Norm (Binding) 153
- Strafgesetzbuch 146 ff., 150 ff.
 – des Norddeutschen Bundes 150 ff.
 – für das Deutsche Reich 150
 – für die Preußischen Staaten 146 ff.
- Strafmilderungsgebot, obligatorisches 435
- Strafprozeß, konstitutive Bedeutung für Strafurteile 216 ff.
- Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich 152
- Strafprozeßrecht 135 f., 152, 217, 316 ff.
 – Abgrenzung zum materiellen Strafrecht 217, 318 ff.
 – Anwendbarkeit von Art. 103 Abs. 2 GG (s. Rückwirkungsverbot, Anwendungsbereich) 316 ff.
 – Regelung der zeitlichen Geltung im 19. Jahrhundert 135 f., 152
- Strafrecht 51, 144 f., 189 ff., 191 ff., 217, 238, 272 ff., 318 ff., 332, 414
 – Änderung gesetzlicher Maßnahmen 191 ff.
 – Anpassung an neue Schutzbedürfnisse 144 f.
 – Aufgabe 332, 414
 – bundesdeutsches 238
 – Gemeinsames in Deutschland 51
 – im weiteren Sinne (s. Rückwirkungsverbot) 272 ff.
 – (s. Dynamik des Rechts) 189 ff.
 – (s. Fragmentarischer Charakter des Strafrechts) 414
 – (s. Strafprozeßrecht, Abgrenzung zum materiellen Strafrecht) 217, 318 ff.
 – (s. Subsidiarität des Strafrechts) 414
- Strafrechtswissenschaft 54 f., 104 f.
 – des ausgehenden 18. Jahrhunderts 104 f.
 – gemeinrechtliche des 17. und 18. Jahrhunderts 54 f.

- Strafrichter 213 ff., 379 ff.
 – Bindung an vorangegangene Entscheidungen und Präjudizien 379 ff.
 – konstitutiver Charakter strafrichterlicher Entscheidungen 213 ff.
- Strafschärfung, rückwirkende 279 f., 396
 – Einführung 396
 – Verbot 279 f.
- Straftat 452 ff., 516 ff., 528 f.
 – DDR 516 ff.
 – Umwandlung in Ordnungswidrigkeiten 528 f.
 – volkswirtschaftsschädliche (s. DDR-Strafrechtsänderungsgesetz, Sechstes, § 10 S. 1) 452 ff.
- Straftheorie 127 f.
 – absolute 127
 – relative 127 f.
- Strafurteil 213 ff., 221, 244 f.
 – als zugleich feststellende und gestaltende Entscheidung? 213 ff.
 – Einheitlichkeit des Schuld- und Strafausspruchs 221 f.
 – konstitutiver Charakter 213 ff., 244 f.
- Strafverzicht 344
- Strafwürdigkeit 192, 333, 410, 411, 413, 484, 486, 536
- Strafzwecke 217, 265 ff., 297, 298 ff., 411, 418, 459
 – Schuldvergeltung 266
 – (s. Generalprävention) 265 ff., 411, 418, 459
 – (s. Spezialprävention) 298, 299 f., 301
- Subsidiarität des Strafrechts 414
- Täterschaftsregeln, Rückwirkungsverbot bei 276
- Tat 253 ff., 322 f., 337 f., 347 f., 393 ff.
 – Änderung des Strafgesetzes 393 ff.
 – Beendigung 393 ff.
 – Beginn 399 ff.
 – maßgeblicher Zeitpunkt 393 ff.
 – (s. Bewertung der Tat) 253 ff., 322 f., 337 f., 347 f.
- Tatbestand, Änderung 474
 – Angriffsrichtung (s. Milderungsgebot) 474
 – Schutzzweck (s. Milderungsgebot) 474
- Tatbestandsbestimmtheit 222, 254 ff., 378 f., 384 ff., 391, 490 f.
- Tatbestandsmerkmale,
 normative 465 ff., 477 f.
 – als durch Recht und Gesetz begründete Tatsachen 477
 – (s. Milderungsgebot) 478
- Tatfolgen 279 ff.
 – Begriff 280 f.
 – Geltung des Rückwirkungsverbots 279 ff.
 – Verbot rückwirkender Strafschärfung 279
- Tatfragen 354 f.
 – Abgrenzung zu Rechtsfragen 354 f.
- Tatsächliche Verhältnisse, Wandel 145, 148, 165, 167 f., 416 f., 418 f., 421, 532, 534
- Tatzeitrecht 125 ff., 227
- Teilnahmeregeln, Rückwirkungsverbot bei 276
- Thomasius 71 f.
- Übergangsregelungen 230, 234, 417 f., 419 ff., 450 ff., 457 ff., 535
 – als Eingriff in Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG 454 f.
 – Anforderungen an Klarheit und Transparenz 419 ff.
 – fehlende Allgemeinheit? 453
 – gesetzliche 234, 419 ff.
 – (s. Art. 315 EGStGB) 450 ff.
 – (s. Einigungsvertrag) 450 ff.
 – strafrechtliche (s. Schlussvorschriften) 230, 234, 457 ff.
 – Zulässigkeit für blankettausfüllende Vorschriften 417 f.
- Umbewertung der Tat 253 ff., 322 f., 337 f., 347 f.
 – bei Einschränkung des § 153 StPO (s. Einstellung wegen Geringfügigkeit) 347 f.
 – bei prozessualen Vorschriften 322 f.
 – bei Strafantragsvorschriften (s. Strafantragsrecht) 337 f.

- bei Verjährungsvorschriften 322 f.
- Verbot nachträglicher 253 ff.
- Unbrauchbarmachung 312 f.
- Rechtsnatur 312 f.
- Ungehorsamstatbestände 168 ff., 473
- Unrecht, Grade des 515
- Unrechtskontinuität 236 f., 474, 487, 502 ff., 509 ff.
- Anforderungen bei Tatbestandsänderungen 502 ff.
- Anforderungen beim Milderungsgebot 487
- Anforderungen des Verfassungsrechts 510 ff.
- Entwicklung des Erfordernisses in Rechtsprechung und Lehre 503 ff.
- (s. DDR-Strafrecht) 236 f.
- Unrechtsidentität zwischen alter und neuer Rechtslage 509 f.
- Unschuldsvermutung 214, 216, 219 f., 245, 341 f.
- Unterlassungsdelikte, unechte 277, 394
- Untersuchungshaft 348 ff., 362
- Ausweitung der Haftgründe als strafähnliche Eingriffe 351 f.
- Haftgrund der Tatschwere (§ 112 Abs. 3 StPO) 350
- Haftgrund der Wiederholungsfahr (§ 112 a Abs. 1 StPO) 350
- Strafcharakter der §§ 112 Abs. 3, 112 a Abs. 1 StPO 349
- Unverbrüchlichkeit des Gesetzes 205 f.
- Urkundsdelikte 166, 169, 171
- Urteile, rechtskräftige 130 f.
- Strafmilderungen 130 f.
- Urteilszeitrecht 228

- Verbrechen,
 - nationalsozialistische 267 ff., 325 ff.
 - (s. Verjährung, Fristen) 325 ff.
 - Spannungsverhältnis zwischen materieller Gerechtigkeit und Rechtssicherheit 267 ff.
- Verfall 313 ff.
- Rechtsnatur 313 ff.
- Verfassungsinterpretation, menschenrechtskonforme 425 ff., 533
- Verfassungsrecht 413 ff., 510 ff.
- Anforderungen an den Vergleich der alten und neuen Rechtslage 510 ff.
- Kernbestand vorgegebener Kriterien 413 ff.
- (s. Unrechtskontinuität) 510 ff.
- Verfassungswandel 372 ff., 381 ff.
- Bestimmung der Grenzen 381
- Normprogramm als Grenze 384
- (s. Rechtsprechungsänderung, rückwirkende) 372 ff.
- Vergleich der alten und neuen Rechtslage 501 ff., 510 ff., 523 ff.
- Anforderungen aus Art. 103 Abs. 2 GG 510 ff.
- Anforderungen aus dem Schuldgrundsatz 513 ff.
- Bestimmung der mildesten Rechtsfolge 523 ff.
- Grundsatz strikter Gesetzesalternativität 525 f.
- (s. Unrechtskontinuität) 502 ff.
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 413 ff.
- Verhaltensnorm 199, 224
- Verjährung 120, 131 ff., 322 ff., 330 ff., 451
- Fristen 325 ff.
- als Gebot der materiellen Gerechtigkeit in der Nachkriegszeit 330 ff.
- (s. Umbewertung der Tat) 322 f.
- Theorien 324 f.
- Verlängerung anlässlich der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen 325 ff.
- Zulässigkeit rückwirkender Verjährungsverlängerung? 323 ff., 330 ff.
- Verjährungsvorschriften 131 ff., 323 ff., 451
- Anforderungen des Gesetzlichkeitsprinzips 323 ff.
- Sonderregelungen 131 ff.
- Verschärfung durch Art. 315a EStGB 451
- Verkündung von Gesetzen 192
- Verlässlichkeit der Rechtsordnung (s. Rechtsstaatlichkeit) 387 f., 390
- Verordnungsrecht, polizeiliches 140 f.

- Versuch (s. Rückwirkungsverbot, Anwendungsbereich) 276
- Vertrauensschutz 202 ff., 260, 386 ff., 431
- (s. Rechtsstaatlichkeit) 386 ff.
 - (s. Zwischengesetz) 431
- Verwaltungsakt 468 ff.
- Verwarnung mit Strafvorbehalt 282 ff.
- Änderung der Voraussetzungen 282 ff.
- Verweisungen, statische 12 ff., 468 ff.
- auf konstitutive Akte der Verwaltungsbehörden und Gerichte 468 ff.
- Verweisungen, dynamische 12 f., 191, 468
- Völkerrecht 179 f., 184 f., 424 ff.
- Anerkennung des Milderungsgebots in Art. 15 Abs. 1 S. 3 IPBPR 184 f., 424 ff.
 - Konkretisierungsbedürftigkeit 427
 - (s. Ratifizierungsvorbehalte der BRD) 185
 - (s. Rückwirkungsverbot) 179 f.
 - (s. Verfassungsinterpretation, menschenrechtskonforme) 425 f.
- Vorhersehbarkeit 254 ff., 378 f., 384 ff., 391, 490 f.
- Anforderungen 490 f.
 - (s. Tatbestandsbestimmtheit) 254 ff., 378 f., 384 ff., 391, 490 f.
- Weimarer Reichsverfassung 162 ff.
- Weisungen 342 ff.
- Wiederaufnahme des Verfahrens 218 f.
- Willkürverbot (Art. 3 Abs. 1 GG) 81 ff., 108 f., 117, 424, 431 ff., 456 f., 535
- bei Beccaria 85 f., 108
 - bei Feuerbach 117
 - bei Montesquieu 81 ff., 84, 108 f.
 - (s. Zwischengesetz, milderer) 431 ff.
- Wolff, Christian 73 f.
- Zeitgebundenheit des Rechts 205 f.
- Zeitgesetze 166, 234 f., 245 f., 413, 420 ff., 434 ff., 441 ff., 446 f., 489, 533 ff.
- Begriff (Zeitgesetze i.e. und i.w.S.) 436 ff., 442 f., 534 f.
 - Einordnung der Sonderregelung des § 2 Abs. 4 StGB 234 f., 245 f.
 - Entstehungsgeschichte der Sonderregelung 434 f.
 - Entwicklung der Rechtsprechung in der Nachkriegszeit 435 ff.
 - Erfordernis restriktiver Auslegung des § 2 Abs. 4 StGB 235, 446 f.
 - materielle Rechtfertigung der Sonderregelung des § 2 Abs. 4 StGB 235, 443 ff.
 - § 2 Abs. 4 StGB als Formalisierung der Grenzen des Milderungsgebots 420 ff.
 - Rechtsprechung des Reichsgerichts 166
 - Sonderregelung (§ 2 Abs. 4 StGB) 434 ff.
 - Steuergesetze als Zeitgesetze 443
 - Unanwendbarkeit von § 2 Abs. 4 StGB 441
 - verfassungskonforme Auslegung bei Bewertungsänderungen 413, 441, 489
- Zeitlicher Anwendungsbereich 198 ff., 202, 207 f.
- Rechtssatzmäßige Darstellung 208
- Zugriffsrecht des Gesetzgebers 484 ff.
- Zusammenlesen (s. Blankettstrafgesetze) 476 f.
- Zustandsdelikte 394 f.
- Zwischengesetz, milderer 410, 429 ff., 533
- als Problem des Rückwirkungsverbots 432
 - Berücksichtigung als Problem des Willkürverbotes und des allgemeinen Vertrauensschutzes 431 ff.
 - Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 430 f.
 - (s. Milderungsgebot) 429 ff.